

Der FUNKER

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 4046 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 68 A

BERLIN • Sonntag den 20 März 1932

1 JAHRGANG

Ein gefährliches Programm der englischen Bergarbeiter.

Von Allan Flanders.

Eine der wichtigsten Bestimmungen des englischen Bergwerksgesetzes von 1930, das von der Arbeiter-Regierung erlassen wurde, ist die Einführung von Zwangskartellen im Kohlenbergbau, die die Produktion begrenzen und Mindestpreise für den Inlandsmarkt festsetzen. Im Dezember dieses Jahres läuft das Gesetz ab. In Anbetracht dessen hat der Vorstand des Bergarbeiterverbandes (Miners Federation of Great Britain, MFGB) ein Programm ausgearbeitet, das er dem derzeitigen Staatssekretär für den Bergbau überreicht hat.

Die Nachkriegskrise im englischen Bergbau.

In dem erwähnten Programm wird die Einführung der Zwangskartelle durch das Bergwerksgesetz warm verteidigt. Das Programm beginnt mit einer Darstellung der Ursachen, die nach dem Kriege eine neue Lage für den englischen Bergbau herbeiführten, die im Gegensatz steht zu der ständigen Vergrößerung von Produktion und Ausfuhr englischer Kohle bis 1914.

Kohle ist für Heizung und Kräfteerzeugung weitgehend ersetzt worden. Zum Beispiel wird für Schiffe jetzt meist Öl verwendet. Die englische Kriegsmarine, die 1914 noch fast 2 Millionen Tonnen Kohle verbrauchte, verwendet heute nur noch den zehnten Teil davon. Die Braunkohlenproduktion ist in Europa sehr ausgedehnt worden. In Deutschland betrug sie 1914 nur 87 Millionen Tonnen, 1930 dagegen 146 Millionen Tonnen. Wasserkraftwerke sind besonders in Italien und den skandinavischen Ländern in dieser Zeit sehr ausgebaut worden. Durch Rationalisierung ist der Bedarf an Kohle gesunken. In der englischen Eisen- und Stahl-Industrie ist der Bedarf an Kohle für die Erzeugung einer Tonne Stabeisen gesunken von 1,41 Tonnen im Jahre 1914 auf 0,97 Tonnen im Jahre 1930. Außerdem ist die Kohlenproduktion in anderen europäischen Ländern sehr gestiegen. Länder wie Frankreich, Belgien, Rußland, die vor dem Kriege weitgehend auf die Einfuhr von Kohle angewiesen waren, haben alles getan, um sich selber zu versorgen. Länder, denen die Absatzgebiete der Vorkriegszeit jetzt verschlossen sind, versuchen ihre Kohle auf anderen Märkten abzusetzen. Das beste Beispiel hierfür ist Polen.

Aus dieser Darstellung der Lage wird der Schluß gezogen, die Krise sei dadurch verursacht worden, daß Preissenkungen im Kohlenbergbau nicht zu einer nennenswerten Absatzsteigerung führen. Freie Konkurrenz führe, unter diesen Umständen, unvermeidlich entweder zu dem schnellen Bankrott der weniger günstig gelegenen Bergwerke oder zum Kampf zwischen Grube und Grube, Bezirk und Bezirk. Auf Preissenkungen sind Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der Bergleute gefolgt, diese haben zu neuen Preissenkungen geführt, und so weiter.

Die Vorschläge der MFGB.

Nachdem so dargestellt worden ist, daß die Konkurrenz ausgeschaltet werden müsse, um eine Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter zu verhindern, wird das Bergwerksgesetz von 1930 kritisiert, zu dem die MFGB kurz folgende Erweiterungen vorschlägt:

1. Der Kohlenpreis sollte für das ganze Land einheitlich festgesetzt werden. Nach dem derzeitigen Gesetz bestimmt jedes Bezirkskartell seinen eignen Preis; nur die Förderung ist für das ganze Land geregelt. Das hat dazu geführt, daß die Kartelle sich gegenseitig unterboten haben.

2. Für die gesamte geförderte Kohle soll eine Umlage erhoben werden, um dadurch die Kohlenausfuhr zu subventionieren. So soll den Bezirken, die hauptsächlich für die Ausfuhr produzieren, wie Süd Wales und Durham, geholfen werden; denn diese Bezirke haben kaum einen Vorteil von den höheren Inlandspreisen, die auf Grund des Gesetzes von 1930 erzielt werden.

3. An der Leitung der Kartelle, die jetzt in Händen von Komitees aus Vertretern der Grubenbesitzer liegt, sollen die Bergleute beteiligt werden.

Die Forderungen der MFGB sind schon deshalb wichtig, weil aus ihnen hervorgeht, worauf die Führer der englischen Bergarbeiter während dieses Jahres ihre Arbeit konzentrieren wollen. Auch der „Daily Herald“, die Zeitung der englischen Gewerkschaftsbewegung, hat einen Leitartikel gebracht, der die hier wiedergegebenen Vorschläge sehr begrüßt; dieses Programm wird also von den Führern der gesamten Gewerkschaftsbewegung unterstützt. Das ist nicht erstaunlich: der Grundsatz, der bei dieser Politik maßgebend ist, wird auch von anderen Gewerkschaften verfochten. Die Führer der Textil-Verbindungen haben die Anstrengungen der Unternehmer, die Konkurrenz, in ihrer Industrie zu beseitigen, unterstützt. Der Transportarbeiter Verband hat das Londoner Transport-Gesetz unterstützt, das zum Ziel hat, in London ein Verkehrsmonopol zu errichten (die Londoner Verkehrsmittel sind in (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Fort mit Groener!

h Berlin, 18. März.

Reichsinnenminister GROENER teilt mit:

„Es ist zutreffend, daß Herr RÖHM einige Tage vor der Wahl mir als Reichsinnenminister hat melden lassen, daß er beabsichtige, für den Wahltag die SA's in ihren Unterkunfts-räumen geschlossen zu halten, um allen Zusammenstößen auf der Straße vorzubeugen. Gegen diese Maßnahme bestanden beim Reichsinnenministerium keine Bedenken, besonders auch deshalb nicht, weil dadurch die Verantwortlichkeit der SA-Leitung für alle etwaigen Vorkommnisse klar festgestellt war. Der ruhige Verlauf der Wahl hat der Auffassung des Ministeriums Recht gegeben.“

„Was die in den letzten Tagen in der Presse verbreiteten Nachrichten über Mobilmachung der SA's und Putschabsichten angeht, so handelt es sich dabei zum Teil um alte bekannte Nachrichten. Soweit es sich um neue Nachrichten handelt, werde ich sie unverzüglich scharf nachprüfen. Selbstverständlich wird von mir die nationalsozialistische Bewegung dauernd sorgfältig beobachtet und jede der Nachrichten auf ihre Richtigkeit nachgeprüft.“

Ich habe den preußischen Innenminister gebeten, mir schleunigst das bei den Haussuchungen der letzten Tage gefundene Material zugänglich zu machen. Nach Prüfung desselben werde ich meine Entschlüsse treffen.“

Mitteilungen des preußischen Innenministeriums.

h Berlin, 18. März.

Auf eine Nachfrage wegen des Ergebnisses der bei der NSDAP vorgenommenen Haussuchungen wurde der Telegraphen-Union am Freitag mittag von zuständiger Seite im preußischen Ministerium des Innern mitgeteilt, daß das Ergebnis noch nicht zu übersehen sei. Die Sichtung des beschlagnahmten Materials nehme viel Zeit in Anspruch, schon deswegen, weil die betreffenden Beamten, die die Haussuchungen durchgeführt hätten, nicht abgelöst werden könnten, da sich ein Nachfolger erst wieder in das bereits bearbeitete Material einfinden müßte.

Von zuständiger preußischer Stelle wird erklärt, daß auf die Frage, ob sich der preußische Innenminister wegen der Haussuchungen bei den Nationalsozialisten vorher mit den zuständigen Reichsstellen in Verbindung gesetzt habe, keine Auskunft erteilt werden könne. Der preußische Innenminister

Unsicherheit in Japan.

Neue Verhandlungen. Mukden zu gefährlich.

b Schanghai, 18. März.

Zweieinhalb Bataillone der 24. japanischen Division sind an Bord von Truppentransportern eingeschifft worden, um nach Japan zurückgebracht zu werden. Der Rest der Division soll im Laufe des Wochenendes nach Japan zurückkehren. Während der letzten 24 Stunden fanden um Schanghai keinerlei Gefechte statt. Nur einige japanische Flugzeuge wollten auf Erkundungsflügen über den chinesischen Stellungen.

c Tokio, 18. März.

Am Donnerstag fand eine Kabinettsitzung statt. Außenminister JOSCHISAWA und Kriegsminister ARAKI erstatteten Bericht über die Lage in der Mandschurei und in China und betonten, daß zur Zeit von einer allgemeinen Abberufung der japanischen Truppen keine Rede sein könne. Das japanische Oberkommando berichtet, daß die militärische Lage in der Mandschurei und in Schanghai weiter ernst sei. Das Kabinett sprach den beiden Ministern das Vertrauen aus.

c Tokio, 18. März.

Der internationale Ausschuß des Völkerbundes wird Anfang April nach der Mandschurei abreisen. Er wird seinen ständigen Aufenthalt in dem japanischen Bad Choschiguara bei Dairen nehmen, da die Lage in Mukden zu gefährlich ist. Der Ausschuß beabsichtigt, Charbin und Tschangtschung zu besuchen.

b Schanghai, 19. März.

Der Völkerbunds-ausschuß hat eine neue Vermittlungskonferenz in Schanghai zustandegebracht, die heute tagen soll. Die japanische Regierung hat sich bereit erklärt, die Waffenstillstandsbedingungen durch drei vom Völkerbunds-ausschuß bestimmte Punkte zu ersetzen. Die Chinesen bleiben danach bis zur endgültigen Regelung in ihrer jetzigen Stellung, die Japaner ziehen sich auf bestimmte Punkte zurück und ein gemischter Ausschuß mit neutralen Mitgliedern überwacht die Zurückziehung. Die japanische Regierung betont, daß die Annahme dieser drei Punkte das Stattfinden einer internatio-

AUS DEM INHALT:

Rußland und die USA.

Unternehmermethoden.

Arbeitslosigkeit und Selbstmorde.

Ein seltsamer Klient.

Klagges verbietet.

Die Agrarkrise in Bulgarien.

Klein- und Großbetriebe in der Landwirtschaft.

habe als Polizeiminister nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, alles zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Erforderliche zu tun. Auch Preußen seien die vom Reichsinnenministerium erwähnten Nachrichten seit längerem bekannt gewesen. Diese Nachrichten hätten jedoch erneut Bedeutung gewonnen, angesichts weiterer Meldungen über die Bewaffnung der Formationen.

Aus alledem scheint nur hervorzugehen, daß Herr GROENER Schwierigkeiten machen wird bei der Entlarvung und vor allem: Bestrafung der nationalsozialistischen Banden. Daß er Herrn RÖHM die Zusammenziehung der SA in deren Unterkunfts-räumen ausdrücklich erlaubte, stellt ein tolles Maß von — sagen wir: Naivität dar, daß einfach unerlaubt ist, selbst für Minister. Daß die Nazis noch immer nicht geputscht haben, liegt aber offenbar mehr an ihrer Angst vor den Fäusten der Arbeiterschaft als an ihrer Respektierung staatlicher Einrichtungen. Die Erklärungen GROENERS muten einen an wie die seines Vorgängers, NOSKE, der einen Tag vor dem KAPP-Putsch erklärte, die Reichswehr sei fest in der (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

nalen Vermittlungskonferenz zur Voraussetzung habe, an welcher die Fragen des Boykotts und der Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen vor der Frage der Zurückziehung der japanischen Truppen erörtert werden sollen. In diesem Fall werde Japan sich bereit erklären, seine Truppen in die Niederlassung und die angrenzenden Oertlichkeiten zurück-zuziehen.

Es hat den Anschein, als habe die offenbar unsichere Haltung Japans ihren Grund in innerpolitischen Schwierigkeiten. In Tokio rechnet man mit einem Sturz des Kabinetts INURAI.

Fünf Monate Gefängnis. wegen Majestätsbeleidigung.

h Berlin, 17. März.

Der Schnellrichter im Polizeipräsidium verurteilte die Arbeiter JOHANN KALLWEIT und FRANZ KONIECZNY wegen Beleidigung des Reichspräsidenten VON HINDENBURG zu je fünf Monaten Gefängnis. Die beiden Arbeiter, die Schmäh-worte gegen den Reichspräsidenten ausgestoßen hatten, wurden sofort verhaftet.

Nazis, die Menschen mit Messern und Knütteln mißhandelt haben, werden gelegentlich — wie neulich bei Magdeburg — mit drei und vier Monaten Gefängnis bestraft.

Polnischer Bergarbeiterstreik abgebrochen.

Der Streik im Kohlengebiet von Dombrowa und Krakau ist nach einer Dauer von vier Wochen beendet worden. Die Delegierten des Zentralverbandes der polnischen Bergarbeiter, der die Streikbewegung im Dombrowaer Revier leitete, beschlossen in einer Konferenz, den Streik am Donnerstag abzubrechen.

Die Arbeiterschaft hat ihre Lohnforderungen nicht durchgesetzt. In den meisten Gruben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

den Händen von Privatgesellschaften). Auch das Gesetz zur Subventionierung der Landwirtschaft wurde von dem Landarbeiter-Verband unterstützt. Das Programm der MFGB kann also als Beispiel für eine Politik betrachtet werden, die allgemein von den Führern der Gewerkschaftsbewegung anerkannt wird. Deshalb wollen wir auf diese Vorschläge näher eingehen.

Ist die freie Konkurrenz schuld an der Lohnsenkung?

Die Vorschläge der MFGB gehen von der Annahme aus, daß die Verstärkung des Konkurrenzkampfes zwischen einzelnen Unternehmern (in den Bezirken, Ländern und international) schuld ist an der Verschlechterung der Lage der Arbeiter. Ein Beweis hierfür scheint zu sein, daß, wenn der Kampf um den Markt zwischen den Unternehmern am schärfsten ist, die Löhne der Arbeiter herabgesetzt wurden, während zu Zeiten der Ausdehnung der Industrie, z. B. in den Jahren unmittelbar vor dem Kriege, höhere Löhne erkämpft werden konnten. Hieraus zu schließen, daß niedrige Preise nur vereinbar sind mit niedrigen Löhnen, und hohe Preise hohe Löhne zur Folge haben, ist ein Irrtum. Hier wird ein Grundsatz des Klassenkampfes verkantet: ob die Unternehmer den Arbeitern Zugeständnisse machen oder die Arbeiter gezwungen sind, den Unternehmern welche zu machen, hängt einzig und allein von der relativen Stärke der beiden Parteien ab. Der Grund, weshalb die Arbeiter zu Zeiten der guten Konjunktur Wirtschaftskämpfe erfolgreich durchführen können, ist nicht die Preissteigerung, sondern die steigende Abhängigkeit der Unternehmer von den Arbeitern. Die Unternehmer fürchten zu solchen Zeiten Wirtschaftskämpfe, weil sie dadurch um den Gewinn gebracht werden, der ihnen aus der guten Wirtschaftslage erwächst, und weil die Vorräte meist nicht groß sind. Andererseits vergrößert der Rückgang der Arbeitslosigkeit die Kampfkraft der Gewerkschaften. Umgekehrt ist es zu Zeiten der schlechten Konjunktur; in ihr kommen deshalb Lohnsenkungen leichter vor.

Ob also verstärkter Konkurrenzkampf und Preissenkungen zur Herabsetzung der Löhne führen, hängt von der Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften ab: Preissteigerungen führen nur dann zu Lohnsteigerungen, wenn sie ein Zeichen guter Konjunktur und zunehmender Nachfrage nach Arbeitern sind.

Wie steht es aber, wenn die Preissteigerung von einer abnehmenden Nachfrage nach Arbeitern begleitet ist? Denn dazu führt der Vorschlag der MFGB, die Monopolmacht der Unternehmer zu unterstützen. Die Einschränkung der Produktion, die durch die Kartelle vorgenommen worden ist, hat die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter vergrößert.

Die einzige Hoffnung, die die Arbeiter bei Bestehen der Kartelle haben können, ist die, daß die Unternehmer so gnädig sein werden, ihnen einen Teil ihrer Gewinne abzugeben. Diejenigen von uns, die an solche Gnade nicht glauben, werden eher weitere Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter erwarten. Durch die vergrößerte Arbeitslosenzahl wird die Kampfkraft der Arbeiter geschwächt, und die Kampfkraft der Unternehmer wird durch ihre bessere Zusammenfassung in den Kartellen gestärkt sein.

Diejenigen, die das Programm der MFGB verteidigen wollen, würden wohl erwidern, daß die genannte Gefahr durch die dritte Forderung, die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Kartelle, verhindert werden soll. Es ist jedoch nicht einzusehen, wieso in solchen Komitees der Protest der Gewerkschaftsvertreter die Unternehmer davon abhalten sollte, die Löhne zu senken.

Vorschläge, wie sie von der MFGB gemacht werden, können nicht zu einer Verbesserung der Lage der Arbeiter führen, sondern eher die Gefahr der Verschlechterung ihrer Lage vergrößern.

Ein Gedanke steckt in diesen Vorschlägen, der gewiß richtig ist: den Bergarbeitern liegt heute nicht lediglich daran, im Augenblick einen besseren Lebensstandard zu erkämpfen, sondern auch daran, praktische Vorschläge für die dauernde Überwindung der Wirtschaftskrise zu machen, unter der die Industrie leidet und durch die Arbeiter auf die Straße geworfen werden. Aber sind die genannten Vorschläge ein Schritt in dieser Richtung?

Um diese Frage zu beantworten, können wir uns nicht auf die Betrachtung der englischen Kohlenindustrie be-

schranken. Der Kohlenbergbau ist eine Schlüsselindustrie, deren Lage von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängt. Wenn wir allein England betrachten, so hängt die Kohlenproduktion von der Eisen- und Stahlproduktion ab. Diese hängen von der Maschinenproduktion ab, diese wiederum zum Beispiel von der Beschäftigung der Textilindustrie. Ein anderer wichtiger Kohlenverbraucher ist die Schifffahrt. Ihr Bedarf an Kohle hängt von der Lage der Weltwirtschaft ab. Mehr als ein Drittel der englischen Kohlenproduktion wird ausgeführt; dieser Teil der Produktion ist daher außerordentlich abhängig von der Wirtschaftslage in anderen, vor allem europäischen Ländern. Die einzige Möglichkeit, die Krise im englischen Bergbau zu beheben, ist also die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise.

Die Vorschläge der MFGB führen aber in die entgegengesetzte Richtung. Um die Weltwirtschaftskrise zu bekämpfen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, durch die eine Angleichung geschaffen wird zwischen dem übermäßig ausgedehnten Produktionsapparat und der künstlich verringerten Kaufkraft der Massen in allen Ländern. Die Steigerung der Kohlenpreise in England wird auf die Verbraucher aller Waren, zu deren Produktion irgendwie Kohle verwandt wird, abgewälzt werden vor allem also auf die Arbeiter, die dann weniger Waren anderer Art kaufen können. Dazu kommt die Gefahr, die ich schon nannte, daß auch die Löhne der Bergarbeiter selber gesenkt werden. Außerdem wird die Subventionierung der Kohlenausfuhr unzweifelhaft Gegenmaßnahmen in anderen Ländern zur Folge haben. Vielleicht

Fort mit Groener!

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Hand der Regierung (während Teile von ihr sich schon in Döberitz zum Putsch formierten).

GROENER empfing am Freitag die NS-Abgeordneten GÖRING und FRANK II. Ein Minister, der mit Vertretern dieser Partei in einer Form verkehrt, die er Kommunisten gegenüber jedenfalls niemals wahr, bei der er nicht hinterher jedes gewechselte Wort dokumentarisch nachweisen kann, muß sich gefallen lassen, der nationalsozialistischen Propaganda zu dienen. Der dient auch GROENER in diesem Falle.

Die NS behaupten über die Unterredung: „Der Minister habe erklärt, er würde das Material untersuchen und hege bei weitem nicht die Befürchtungen, die von einigen Seiten an die Angelegenheit geknüpft würden. Er habe von dem Befehl der Zusammenziehung gewußt und glaube auch, daß es HITLER durchaus ernst mit der Durchführung der Legalität sei. Zur Beunruhigung sehe er keinen Anlaß. Weiter habe der Minister betont, daß er sich gegen ein Verbot der Partei mit aller Entschiedenheit wenden würde.“

Ein klares Dementi des Reichsinnenministeriums ist nicht bekanntgeworden. Aber: „Wie hierzu von unterrichteter Seite erklärt wird, handelt es sich um eine vertrauliche Besprechung, um die die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten nachgesucht hatten. Die Darstellung ist in wesentlichen Teilen unzutreffend. Insbesondere wird von unterrichteter Seite erklärt, daß die Behauptung, der Reichsinnenminister sei von der Aktion Preußens überrascht und wenig erfreut, unzutreffend ist. Reichsminister GROENER hat sich jeder Stellungnahme enthalten und über die schwebenden Untersuchungen des preussischen Ministers des Innern keinerlei Urteil abgegeben.“

Sicher ist hiernach, daß GROENER den Schein einer Unterstützung SEVERINGS peinlich vermeidet. Unter diesen Umständen steht es schlecht um die Aktion. Hoffentlich dringt SEVERING trotz allem mit einigen energischen Maßnahmen durch.

Zur Entkräftung der Ausreden GÖRINGS und FRANKS gegenüber SEVERINGS Behauptungen, besonders gegenüber den Mitteilungen über Waffenfunde, ist nur nötig, SEVERINGS Mitteilungen noch einmal in Erinnerung zu rufen.

Die beiden NS behaupten: daß NS sich, entgegen „strengem Parteibefehl“, bewaffneten, sei doch verständlich, „wonn man an die Ueberfälle und Mordtaten der Gegenseite denke“. Angeblich zu solchem Schutz haben sie sich also, wie

werden die Zölle erhöht oder die englische Kohleneinfuhr wird auf andere Art begrenzt, oder die Kapitalisten anderer Länder werden versuchen, die Löhne der dortigen Bergarbeiter noch weiter zu senken. Alle diese Maßnahmen führen zu einer weiteren Beschränkung der Massenkaufkraft und damit zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Betrachten wir noch die englische Kohlenindustrie allein: Sie hat einen Produktionsapparat, der übermäßig groß und im Vergleich zu anderen Ländern, teilweise sehr unrentabel ist. Diese Teile müssen ausgemerzt werden. Durch die Kartelle werden aber Bankrotte verhindert, die im natürlichen Wirtschaftsgang die unrentabelsten Bergwerke beseitigt hätten, und das Fortbestehen wird durch eine garantierte Produktionsquote ihnen sogar genau so zugesichert wie den am besten rationalisierten Werken. Das Ergebnis ist, daß die Produktionskosten des ganzen Kohlenbergbaues steigen, schon wegen der Produktionsbeschränkung, von der jedes Bergwerk betroffen wird.

So viel über den wirtschaftlichen Wert der Vorschläge der MFGB. Der „Daily Herald“ überschreibt seinen Bericht mit „Rettet den Bergbau vor dem Zusammenbruch!“ Das kann durch Verwirklichung dieser Forderungen nicht erreicht werden. Nicht nur, weil die Bergarbeiter dadurch in keiner Hinsicht vor weiteren Lohnsenkungen gesichert sind, sondern weil die Krise im englischen Bergbau sogar noch weiter verschärft wird.

SEVERING mitteilte, bewaffnet unter anderem mit: Infanteriegewehren, Karabinern und -Munition, Sprengstoff, Sprengkapseln, Zündschnüren, schweren Maschinengewehren und Blinkgeräten.

Wozu die NS-Bewaffnung in Wahrheit dient, zeigt die von uns bereits mitgeteilte Schilderung eines für die NS typischen Mordes aus dem Februar. Wir wiederholen sie hier. Solche Tatsachen können nicht oft genug bekanntgemacht werden.

„Bereits am Dienstag abend war es in Bunkau zu kleineren Reibereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen. Gegen 8 Uhr holten die Nationalsozialisten in drei Kraftwagen Verstärkung heran. Als ein Sturmtruppführer vom Auto herunter Leute auf der Straße fragte, wo der kommunistische Arbeiter ADAMIETZ wohne, entstand ein Aufruhr. Sofort schlugen die Nationalsozialisten auf die Menschenmenge ein. In diesem Augenblick kam der kommunistische Landarbeiterführer ERNST BASSY mit seiner Frau über die Straße. Er wurde von den SA-Leuten erkannt, konnte aber flüchten. Drei Nationalsozialisten unter Führung des Wirtschaftsinspektors BAUMERT suchten ihn in der elterlichen Wohnung. Sie schlugen Fenster und Türen ein und stürmten in die Wohnung. ERNST BASSY war nicht anwesend. Der Vater BASSYS hatte seinen anderen, verheirateten Sohn AUGUST, der keiner Partei angehört, aus Angst vor den Verfolgern in die Schlafkammer eingeschlossen.“

Als er die Tür nicht öffnen wollte, feuerten die Nationalsozialisten auf ihn mehrere Schüsse ab, von denen ihn einer lebensgefährlich traf, und schlugen ihn mit Knütteln nieder. Sie versuchten dann mit einer Axt in die Kammer einzubringen. Als ihnen das nicht gelang, gaben sie durch die Tür Feuer. BASSY wurde an der Schulter schwer verletzt. Während er von seiner Frau verbunden wurde, kamen die Nationalsozialisten mit Verstärkung zurück. BASSY flüchtete noch einmal in die Kammer. Frau BASSY bat flehentlich um das Leben ihres Mannes. Darauf entgegnete ihr der Führer BAUMERT: Machen Sie, daß Sie wegkommen, sonst kommen Sie selbst dran. Der Kerl muß verrecken. Dann drückten die Nationalsozialisten die Türöffnung zur Kammer ein und schlugen den am Boden liegenden, schwerverwundeten AUGUST BASSY mit Knütteln und Holzseilen tot.“

Und solchen organisierten Lumpen und Mördern öffnet der deutsche Minister des Innern zu vertraulichen Besprechungen Tor und Tür. Er selber muß die beiden Kerle, mit denen er gesprochen hat, als Lügner hinstellen, ohne Konsequenzen zu ziehen. Die Arbeiterschaft sollte sich zusammenschließen und diesen pfleglichen Schützer der Nazis aus seinem Amt entfernen. Fort mit GROENER!

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(67. Fortsetzung.)

Im Nebenzimmer hockt Saint Brice im Lehnstuhl. Sein Greisengehirn fiebert. Pflicht! Pflicht! — verteidigt er sich. Der Staat darf kein Erbarmen kennen. . . . Aber wer hält das schäumende Meer auf? Was bedeutet der eine Tote im Zimmer nebenan. Unten auf dem Kai verrinnt jetzt Hunderten das Blut. . . . warum? Für wen? Für den Messias Brandt? . . . Pflicht! Pflicht! — peitscht sich der Greis auf. Warum öffnet er nicht die Tür und ruft den Soldaten zu: An die Wand mit dem Rebellen Brandt! — Abor dann? Rühende Millionen, die über die Regierung herfallen. . . . Anarchie. . . . Also doch mit dem Teufel Brandt paktieren! Ja, dreimal ja! Wer hat sonst Macht über triebhafte Menschenherden. . . . Saint Brice wendet erschreckt den Kopf um. Er sieht Brandt zwischen Tür und Angel zum Nebenzimmer stehen. In diesem Augenblick zerbricht dem Greis die letzte Hoffnung: in Brandts grauen Augen sieht er den eiskalten Vernichtungswillen.

„Sie haben den Mut, mir in die Augen zu sehen!“ Pfeilscharf schießen die Worte aus Brandts Mund.

Saint Brice dreht ihm langsam den Rücken. Der Kampf muß nun bis zum Ende durchgeföhrt werden. In unnahbarer Distanz, verächtlich fast, sagt er: „Sie werden dieses Gebäude nicht eher verlassen, als bis ich es erlaube!“

Brandt lacht hohnvoll auf. „Bilden Sie sich ein, ich gehe fort, ohne Sie überwältigt zu haben? Sie halten mich für Ihren Gefangenen? Im Kerker sitzen Sie! Und ich bin Ihr Kerkermeister!“

Saint Brice zeigt zwischen den weißen Greisenlippen seine gelben Zähne. „Ich konnte nicht ahnen, daß in Frankreich solche Gewissenlosigkeit Macht gewinnen würde“, sagt er wegwerfend

Humette kommt ins Zimmer gestürzt, hinter ihm stauen sich zahlreiche Minister. „Sie gehören vor die Flintenläufel!“ schreit er Brandt an.

Brandt schiebt den Kriegsminister achtlos zur Seite. Laut hämmern seine Worte: „Der offene Aufruhr kommt in Ihr Schuldbuch, meine Herren! Ihre Politik hat das Volk bis aufs Blut gereizt. Wir präsentieren die Quittung. Ihre kriegerische Lust wird Ihnen vergangen sein. Sie kämpfen nur noch um Phantome! Generalstreik! Bis zur großen und letzten Abrechnung ist es nur noch ein halber Schritt! Saint Brice hat mich zum Gefangenen des Staates erklärt. Sie machen mich wehrlos. Die führerlosen Massen haben Wort und Tat. Morgen sind Sie alle weggejagt oder gehängt. Jetzt warte ich darauf, Ihre offizielle Bankrotterklärung entgegenzunehmen. Wenn Sie so weit sind, finden Sie mich im Nebenzimmer bei dem Toten, um den neun Millionen Franzosen trauern und dessen Blut an Ihren unfähigen Händen klobt.“ Er weist die Tür zum Nebensalon auf, läßt sie, als erschrecke er vor der Feierlichkeit des Totenraumes, sacht hinter sich zufallen.

Die ironische Härte verrinnt in seinen Augen. Broucq. . . Broucq. . . Er setzt sich neben den gemeichelten Freund. Toter Kampfgefährte. . . . Er legt zärtlich seine Hände auf die gekrallten Fäuste des Erstarrten. — Fern und unwirksam dröhnt der Lärm der Straßenschlacht gegen die Scheiben. Brandts Kopf fällt auf die Brust des Toten. Nicht denken. . . nicht denken. . . . Einmal sich selbst gehören dürfen. . . . Seit wann gehörte Léon Brandt sich selbst. . . . ? Zehn Jahre in Fron und Seelen. . . . wofür, wofür? Ist das der Sieg? Bürgerkrieg. Mord zwischen Bruder und Bruder. . . . Ist das Erfüllung? Ein leuchtendes Banner sollte über die Erde getragen werden — es liegt im Rinnslein der Straße. Eine neue Melodie sollte den Menschen geschenkt werden — es wurde ein Gassenhauer daraus. Er suchte Seelen — eine stählerne Maschine sprang ihn an. Kraft der Herzen sollte Kanonen und Bajonette lächelnd überwinden — Fäuste und Handgranaten triumphieren. Die starren Taktstöße der Menschenmaschine sollten umgeformt werden zu schwingendem Rhythmus, Sittlichkeit sollte Gewalt erlösen, aus der grauen Masse sollte erstehen: der Mensch! . . . Verrat aus den eigenen Reihen. . . . Der totstarre Freund, der das Lösungswort auf den Kai hinunterrief. . . . die rothaarige

Landrux, die es mit berauschem Herzen aufnahm und in die Tat umsetzte: Brüder, rächt Brandt! Angriff! . . . Den Führer zu retten, den sie alle liebten und vom Tod bedroht wähten, waren sie hergezogen zum Quai d'Orsay — und verrieten doch — sein tiefstes Wesen!

Hastig, auf Zehenspitzen, wandert Brandt durch das stille Totenzimmer. Nein, nein, keine Vorwürfe gegen den Mann dort, der mit fahlem, verbittertem Gesicht daliegt. . . . Ist alles Traum oder Wirklichkeit? Die letzten fünf Tage. . . . oder sind es Monate! Jahre! Eine grauenvolle Kette, Glied reihte sich sinnlos an Glied. . . . Schüsse in Albanien, während der ‚Helios‘ übers Meer brauste; überstürzter Rückflug; ein vom Strudel erfaßter Erdteil! Kämpfe in der Kammer; Ultimatum der Union. Jetzt Geschützdonner im nächtlichen Paris. Wo ist das Gesetz dieses Geschehens? Irrsinnige Menschenwillkür? Taumelnde Gesetzlosigkeit der Erde? Horden, die Menschenantlitz tragen, gadenlos ausgeliefert dem Spiel dämonischer Urkräfte? Aber draußen kämpfen die Kreaturen Leib gegen Leib! Reißen einander Blut und Leben aus der Brust! Nur der, der Führer sein wollte im Kampf, sitzt hier zwischen seidenbespannten Wänden und schwellenden Gobelinspolstern. Gefangener eines Staates, der längst überwunden ist! Wo ist Sinn und Gesetz der Menschenerde? — Brandt starrt in das Gesicht des starren Toten, der auch jetzt noch nicht aufhört, mit erbitterten, haßvollen Zügen die Lebenden anzuklagen und zu verfluchen. . . .

Auf dem Quai d'Orsay und der Esplanade des Invalides sind die Truppen Sieger geblieben. Mörderisch war die Schlacht. Zehntausend Arbeiter und Bürger, Männer und Frauen, die unter Broucq und Rhées Führung durchs Stadtzentrum bis zu den Seinebrücken vorgestoßen waren, hatten bei den Truppen nur zaghaften Widerstand gefunden. In Ruhe und Disziplin waren die Demonstranten unangefochten in die Truppenspalier hineinmarschiert, bis vor das Ministerium. Unversehens war der Kampf losgebrochen. „Brüder, rächt Brandt! Angriff!“ Soldaten und Zivilisten vermischten sich im Nu. Mann gegen Mann, Kohle gegen Kohle entbrannte das Gemetzel. Eingekleidet zwischen dem Ministerium und der Seine gab es für die Auftraher kein Entrinnen. Dolche und Revolver flogen aus den Taschen.

(Fortsetzung folgt.)

Unternehmermethoden.

Zu dem Konflikt in der Erfurter Schuh-Industrie.

Welcher Kampfmethoden Unternehmer fähig sind, darüber geben die Tatsachen der gegenwärtigen Aussperrung in der Erfurter Schuhfabrik LINGEL-METZLER einigen Aufschluß. Wegen dieser allgemeinen Bedeutung geben wir im folgenden längere Ausführungen des Zentralverbandes der Schuhmacher, Ortsgruppe Erfurt, wieder. Die Ortsgruppe teilt zur Aufklärung der Öffentlichkeit mit:

Um die Ursachen, die zu der Aussperrung der Belegschaften in beiden Betrieben führten, der Öffentlichkeit klarzumachen zu können und die Erbitterung der Belegschaften zu brechen, ist notwendig, auf länger zurückliegende Vorgänge, die erst zu dieser Entwicklung führten, zurückzugreifen.

Im Herbst 1930 trat die Firma ED. LINGEL an die Belegschaft mit dem Ansinnen eines 20prozentigen Lohnabbaues heran. Dies wurde durch den Widerstand der Belegschaft und der Organisation abgewiesen. Auch die Versuche, mit Hilfe der Tarifinstanzen (Bezirkstarifkommission) zum Ziele zu gelangen, waren ergebnislos; nur in einigen Akkordsparten wurden Veränderungen der Akkordsätze anerkannt. Daraufhin beantragte im Dezember 1930 die Firma ED. LINGEL bei der Regierung Teilstillegung ihres Betriebes mit dem Ziel der Entlassung von 160 Arbeitern. Gleichzeitig teilte die Firma der Betriebsvertretung mit, daß die FRIEDR. METZLER G.m.b.H., Schuhfabrik, die ehemals zum LINGEL-Konzern gehörte, und im Jahre 1925 stillgelegt wurde, die Produktion von Schuhen wieder aufnehme. Es wurde dabei ein mit allen juristischen Kniffen ausgestatteter, notariell beglaubigter Vertrag vorgelegt, nach dem durch die Firma FRIEDR. METZLER in den Räumlichkeiten der Firma LINGEL, mit den Maschinen der Firma LINGEL und unter Zuhilfenahme des technischen und kaufmännischen Personals der Firma LINGEL, LINGEL-Schuhe zu der Preislage von 12,50 M hergestellt und diese in den LINGEL-Verkaufsstellen abgesetzt werden sollen.

In dem Vertrag war dann weiter vereinbart, daß bei Entlassungen von Arbeitskräften jeweils bei Bedarf die Einstellung in dem andern Betrieb zu erfolgen hat. Die Firma METZLER bot nun den seinerzeit zur Entlassung angezeigten 160 Arbeitern an, daß sie bereit sei, davon 130 zum Mindestlohn einzustellen. Alle Proteste und Verhandlungen bei der Regierung, daß es sich bei der Entlassungsmaßnahme der Firma ED. LINGEL um wirtschaftliche Kampfmaßnahmen zum Zwecke des Lohndruckes handle, blieben erfolglos, die Firma bekam die Entlassung als Teilstillegung im Sinne der Stilllegungs-Verordnung genehmigt.

Da die neue Firma FRIEDR. METZLER, trotz Personen-Einheit der Leitung, nicht Mitglied des Reichsverbandes der Schuhindustrie war, wagt sie sich nach gescheiterten betrieblichen Verhandlungen, zwecks Festsetzung von Akkordsätzen vor der Tarifinstanz zu erscheinen. Die Firma METZLER hätte vielleicht noch sehr lange der METZLER-Belegschaft, ihren vormaligen LINGEL-Arbeitern, zugemutet, zum Mindestakkordlohn zu arbeiten, wenn die Belegschaft nicht anlässlich der Verweigerung von Überstunden im März des Jahres 1931 die Firma durch einen geschlossenen geführten 10tägigen Streik gezwungen hätte, Akkordsätze festzusetzen und eine Nachzahlung an die Belegschaft in Höhe von zirka 2000 M zu zahlen. Bei der Festsetzung dieser Akkordsätze wurden diese deshalb etwas niedriger gehalten als die bei LINGEL bestehenden, weil es sich nach Angabe der Firma bei den neuen Artikeln um eine einfachere in möglichst wenig Typen erscheinende Ausführung handeln sollte, die es auch der METZLER-Belegschaft ermöglichen sollte, die LINGEL-Verdienste zu erreichen. Im Oktober 1931 wurde dasselbe Manöver von der Firma ED. LINGEL wiederholt. Sie beantragte erneut bei der Regierung die Entlassung von 130 Arbeitern. Gleichzeitig bot die Firma FRIEDR. METZLER den gekündigten LINGEL-Arbeitern an, daß sie zur Herstellung eines billigen Auslandsauftrages bereit sei, die Arbeiter zum Mindestlohn einzustellen. Auch hier hatten alle Verhandlungen und Vorstellungen bei der Regierung, daß es sich doch nur um eine Scheinstillegung zum Zwecke des Lohnabbaues handle, nur den Erfolg, daß sogar die Sperrfrist abgekürzt

wurde. Um der Arbeitslosen-Unterstützung nicht verlustig zu gehen, war daher die entlassene Belegschaft von LINGEL gezwungen, die Arbeit zum tariflichen Mindestakkordlohn aufzunehmen. Sofort aufgenommene Verhandlungen der Organisation und der Betriebsvertretung zeitigten dann unter dem Druck der Belegschaft auch hier für die „neuen Auslandsartikel“ die Festsetzung von Akkordsätzen, die nur für diesen Auftrag gelten sollten. Die Differenzbeträge in Höhe von rund 800 Mark wurden auch diesen Kollegen nachgezahlt.

Sofort nach der Festsetzung dieser Akkordsätze erschienen diese „Auslandsartikel“ zu der Preislage von 8,60 Mark in den LINGEL-Läden. . . . Aber all dies genügte der Firma ED. LINGEL noch nicht. Als ab Januar auch für die Schuhindustrie der notverordnete Lohnabbau in Höhe von 15 Prozent in Kraft trat und dementsprechend natürlich auch eine Herabsetzung der Schuhpreise durchgeführt werden mußte, versuchte die Firma diesen Preisabbau auf dem Rücken und auf Kosten der Arbeiterschaft vorzunehmen. In den LINGEL-Läden prangen die neuen Preislisten von 16,50 Mark, 14,50 Mark, 10,50 Mark und 8,50 Mark. Nicht bekannt gemacht wird dabei jedoch, mit welchen Methoden die Firma LINGEL versucht, erneuten Lohnabbau vorzunehmen. Ein Teil der LINGEL-Artikel zu 16,60 Mark, die auf 14,50 Mark herabgesetzt sind, ist aus der Produktion des LINGEL-Betriebes herausgezogen worden und zu METZLER gekommen; dafür werden nur noch METZLER-Akkordsätze bezahlt. Die Arbeitszeit der LINGEL-Belegschaft reduzierte man auf 21 Stunden. Aber auch bei METZLER werden die von 12,60 Mark auf 10,50 Mark herabgesetzten Artikel nur mehr zu den Akkordsätzen bezahlt, die seinerzeit für die sogenannten Auslandsartikel festgesetzt waren.

Die Erregung über die Maßnahmen der Firma war sowohl bei der LINGEL-Belegschaft, die durch Herausnahme der regulären LINGEL-Artikel eine Verdienstminderung hatte, als auch bei der METZLER-Belegschaft, die durch die neuen Artikel eine Erschwerung der Arbeitsmethoden und damit ebenfalls einen Lohnabbau hinnehmen und sich als Lohndrücker der LINGEL-Belegschaft gebrauchen lassen sollte, sehr groß. Die Belegschaft bei METZLER forderte daher mit Recht: Bezahlung der 14,50-Mark-Artikel zu LINGEL-Akkordsätzen und Beilegung der Staffelung der METZLER-Akkordsätze.

Da die Firma METZLER diese berechtigten Forderungen der Belegschaft mit einem glatten „Nein!“ beantwortete, kam es in einzelnen Abteilungen des Betriebes zur Arbeitsverweigerung und daraufhin zur fristlosen Entlassung der gesamten METZLER-Belegschaft. Damit war die Belegschaft ausgesperrt, worauf durch die Organisation über den Betrieb die Sperre verhängt wurde.

Trotzdem die Firma ED. LINGEL immer behauptet, daß der Betrieb METZLER ein neuer besonderer Betrieb sei, was im Munde der Belegschaft immer als Schwindel bezeichnet wird, tat die Firma doch selbst alles, um die Glaubwürdigkeit ihrer Behauptung zu widerlegen.

Im Laufe der Zeit ging die Firma FRIEDR. METZLER immer mehr dazu über, in einzelnen Sparten Einheitslöhne zu schaffen und die an diesen Sparten beschäftigten METZLER-Arbeiter auch mit der LINGEL-Arbeit zu beschäftigen. Zustände, die wohl in keinem Betriebe Deutschlands anzutreffen sein dürften.

Als nun die Belegschaft METZLER ausgesperrt war, ergab sich, daß ein ganz Teil Arbeitsplätze von METZLER-Arbeitern besetzt waren, die auch die ganze LINGEL-Produktion für ihre Sparte ausführten, wodurch natürlich sofort auch die LINGEL-Produktion stockte.

Das an einzelnen LINGEL-Arbeiter gestellte Verlangen, nun die freigewordenen Arbeitsplätze zu besetzen, wurde als Streikbrucharbeit abgelehnt. Auf die Drohung der fristlosen Entlassung dieser Arbeiter erklärten sich auch die übrigen Arbeiter mit ihnen solidarisch, was dann im weiteren Verlauf auch zur Aussperrung der LINGEL-Belegschaft geführt hat.

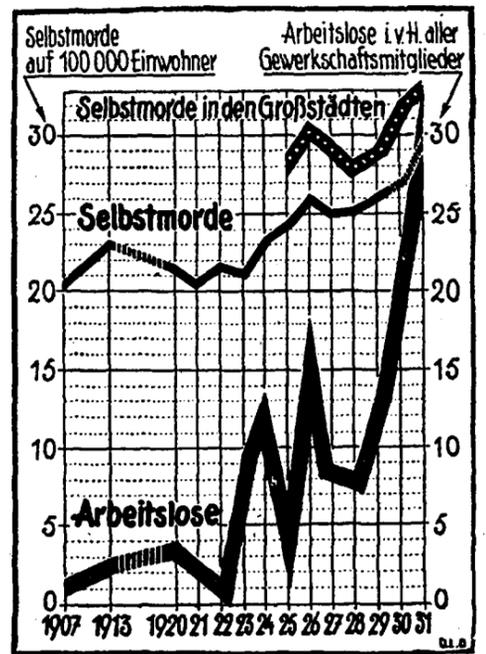
Die Verantwortung für diese Vorkommnisse trägt daher nach all dem geschilderten die Betriebsleitung und Direktion des Betriebes voll und ganz allein. Aber das eine kann heute schon gesagt werden: Die Erbitterung der Arbeiterschaft über das gegenseitige Ausspielen der Belegschaften, über die Versuche, einen Arbeiter gegen den anderen als Lohndrücker zu benutzen, ist so groß, daß ohne die Wiederherstellung

einer Betriebseinheit, ohne die Herstellung einheitlicher Löhne und einheitlicher Arbeitszeit, an eine friedliche Beilegung dieses Kampfes nicht zu denken ist. . . .

Daß dieser Kampf geführt wird trotz der wirtschaftlichen Notzeit und dem Vorhandensein von fast 3000 arbeitslosen Schuhmachern, zeugt von der Zuversicht und dem großen Vertrauen der kämpfenden Arbeiter auf die Solidarität der erwerbslosen Schuhmacher: Die enge Verbundenheit mit den arbeitslosen Klassengenossen ist es, die die ausgesperrten Schuhmacher zu dem Vertrauen berechtigt, daß sich kein Streikbrecher finden wird. Dieser Akt der selbstverständlichen Solidarität wird wohl auch nicht von irgend einem vernünftigen Menschen davon abhängig gemacht werden können, daß, wie es eine vom „Erwerbslosen-Ausschuß“ einberufene Erwerbslosenversammlung getan hat, gefordert wird, daß unbedingt zwei Vertreter dieser Erwerbslosenversammlung in die Streikleitung hineingewählt werden. Die

Arbeitsnot und Selbstmorde.

Ein sprechendes Bild.



ausgesperrte Belegschaft hat es denn auch in ihrer gemeinsamen Versammlung im „Kaskeller“ abgelehnt, eine solche Zuwahl vorzunehmen; sie hat Vertrauen genug zu ihrer selbstgewählten Streikleitung, um die Erfordernisse dieses Kampfes allein durchzuführen; es ist ja schließlich ein alter gewerkschaftlicher Grundsatz, daß die Streik- oder Kampfleitung nur aus den Personen gebildet wird, die an dem Kampfe beteiligt sind. Die Leitung dieser Bewegung muß es daher auch ablehnen, daß von irgendwelcher außenstehender Seite Maßnahmen, wie Massenaufgebot von Streikposten u.s.w. veranlaßt werden, wofür sie die Verantwortung unter allen Umständen ablehnen muß. Die ausgesperrte Belegschaft ist selbst in der Lage, von sich aus die Maßnahmen durchzuführen, die sie für erforderlich hält und trägt dann auch dafür allein die Verantwortung.

Das Flugblatt des Zentralverbandes der Schuhmacher, Ortsgruppe Erfurt, schließt mit längeren Ausführungen gegen die Tätigkeit der RGO bei diesem Arbeitskampf und mit der Aufforderung: Werdet Mitglied im Zentralverband der Schuhmacher!

Seltsamer „Klient“.

L. Sprechstunde im Büro eines Rechtsanwalts.

Der Bürovorsteher läßt mit etwas beunruhigten Augen einen Mann eintreten.

Was für ein seltsamer Mann! Ein gelber hochmoderner Gentleman-Anzug von der Stange, elegante braune Halbschuhe, statt des Kragens ein dicker grauer Wollschal und eine alte graue Wollweste in seltsamem Kontrast zu Anzug und Schuhen. Auf dem Kopf sitzt eine Kappe, die in die Augen gezogen und beim Eintreten abgenommen wird und ein Gesicht freiläßt. . . . ja, ist das noch ein menschliches Gesicht? Hohe, breite, aber merkwürdig fliehende Stirn, eckiges Kinn, das heraustritt aus zwei Falten, die von der Nase heruntergehen und aussehen, als wären sie mit einem Meißel in Marmor gehauen. Und dann die Augen: klein, blinzeln, unstet im Zimmer wandernd und plötzlich wieder sich festsaugend an dem Gesprächspartner. Der ganze Mann sieht aus, wie sich das kleine Karichen den König der Unterwelt vorstellt, beinahe unwirklich die Leere und Verkommenheit des Gesichts, über das mitunter ein Anflug von Geist, stets der Ausdruck vollendeter Raffinesse geht. Ein Mann, bei dessen Anblick selbst ein Strafverteidiger das Gruseln lernen kann. Und bei alledem ist etwas Menschliches in dem Gesicht, das das Bild des Verbrechers nicht ganz eindeutig sein läßt und noch mehr beunruhigt. . . .

„Also Herr Doktor, ich will gleich offen mit Ihnen reden, ich komme eben aus dem Zuchthaus und stehe schon wieder mit einem Fuß drin.“

„Ja, und wie kann ich Ihnen jetzt helfen? Ist schon wieder eine Verteidigung nötig geworden? Was war denn los beim vorigen Mal?“

„Ach, zuletzt das waren nur 9 Monate, aber davor, da waren's einmal 5, einmal 4 Jahre und noch so ein paar Kleinigkeiten. Im ganzen war ich so etwa 15 Jahre im Kahn.“

Der Mann wird etwa Anfang der Dreißiger sein — „Also Herr Doktor, ich will gleich raus mit der Sprache. Sie sind mir empfohlen worden von 'nem netten Mädchen, ordentliches Mädchen, Nutte, aber ordentlich, eigentlich beinahe 'ne Klassefrau, geht nur privat. Wissen Sie, Herr Doktor, das Mädchen hat mir zuerst ein bißchen Liebe geschenkt, als ich rauskam aus'em Kahn. Dann sagt sie, geh' man zum L., der wird dir schon helfen, der haut die Proleten raus, der wird dich auch verstehen. Na, und da komme ich nu. Also, Herr Doktor, kurz gesagt, ich kenn' die ganzen Ganoven, ich will

so Ihnen in die Praxis bringen, und Sie geben mir dann was ab davon.“

Lieber Freund, das kommt nicht in Frage, wenn Sie mich empfehlen, soll mich das freuen, aber Ihr Vorschlag. . . .

„Versteh schon, versteh schon, Herr Doktor“, — er spricht das immer aus „Doktooor“ — „Standeschre, von wegen die Standeschre. Nein, Herr Doktor, ich will auch nicht, daß Sie gegen die Standeschre verstoßen, hab' volles Verständnis dafür. Aber was soll unsereiner machen. Sehen Sie mal, ich kenne sie doch alle in Berlin, den F., den B., den L., meinen Sie, die machen's nicht? Aber, nein, Herr Doktor, ich will Sie nicht verführen.“

Wie seltsame Kreise seine Hände dauernd beschreiben! „Ich will Ihnen gern mit 'ner Kleinigkeit aushelfen. Sie sind jetzt ja wirklich in einer schlimmen Lage. Was wollen Sie eben anfangen?“

„Ach, wissen Sie, Herr Doktor, meine Kollegen, die mir die Kluff geschenkt haben, haben mir auch schon Handwerkszeug gegeben. Aber hier in K.? Was soll ich da, da ist ja nischt los. Soll ich vielleicht für ein paar hundert Mark Wäsche rausholen, oder 'n paar Zentner Butter? Nee, mit so'lehm Dreck machen wir uns doch nicht die Finger schmutzig.“

„Na, hat doch auch keinen Zweck; das geht ja doch nicht lange gut und dann sitzen Sie wieder im Kahn. Was haben Sie denn bisher ausgefressen?“

„Juwelen, Herr Doktor, Juwelen, Pelze, Geldschränke, was anders kommt gar nich in Frage.“ — Er wird direkt größer, wie er das sagt. — „Haben Sie denn gar keinen Kasten (Geldschrank) im Zimmer?“

Seine Augen kriechen in jeden Winkel des Büros, saugen sich dann auf dem Gesicht des Anwalts fest, Der hat Mühe, die Fassung zu bewahren. Der „Klient“ setzt sich bequem im Stuhl zurecht, macht keine Anstalten aufzustehen. Die Hand des Anwalts ruht auf dem Klingelknopf.

„Was soll ich mit 'nem Geldschrank? Ein Proletarier-anwalt hat nichts in Geldschränke zu verschließen.“

„Na, vielleicht werde ich jetzt auch'n bißchen Novellen schreiben, hab's gelernt beim Sitzen. Wissen Sie, Herr Doktor, mein Leben, das ist ein einziger Kientopp. Ich bin nämlich ein Idealist, ein großer Idealist, wirklich, Herr Doktor. Ich lieb' nämlich so die Mädchen. Ich hab' nur immer Pech gehabt, meine Mädchen waren immer so teuer. Aber, Herr Doktor, denken Sie ja nich schlecht von mir! Luden, Herr Doktor, luden kommt gar nicht in Frage, kommt gar nich in Frage.“

Ich bin nämlich Idealist, Herr Doktor, wirklich, ich bin ein richtiger Idealist. Kennen Sie die Gebrüder STRAUSS? Das sind meine Freunde, das heißt, eigentlich bloß der EMIL“, — wie stolz er das sagt — „der andere, wissen Sie, das is'n Kindschopp, wenn er einen gesoffen hat und er hat ein Mädchen, dann erzählt er ihr alles, was los ist. Ist das vielleicht ein Kerl? Sagen Sie selbst, Herr Doktor, ist das ein Kerl?“

„Nein, da haben Sie wirklich recht, das ist kein Kerl. — Hier, nehmen Sie. Es geht mir selbst ziemlich dreckig.“

Der Anwalt erhebt sich, um den seltsamen Gast zum Aufstehen zu bewegen. Der rührt sich nicht von seinem Stuhl.

„Also, lassen Sie sich's gut gehen. Sehen Sie zu, daß Sie ohne Dummheiten durchkommen, es hat doch keinen Zweck, und dann sitzen Sie wieder drin.“

Der Gast erhebt sich schwerfällig. Jetzt fliegt ein Schimmer von echter Traurigkeit über das Gesicht:

„Ja, ich weiß; drei, viermal geht's gut, dann sitze ich wieder drin. Aber was soll man machen?“

Jetzt erst nimmt er das Geld, strafft sich und wieder steht ein ganz anderer Mensch da. Er mustert mit klebrigem Blick sein Gegenüber: „Schönen Brustkasten haben Sie, Herr Doktor, wirklich schönen Brustkasten, wunderbar Figur.“

Der Doktor ist unwillkürlich einen Schritt zurückgegangen und stottert verblüfft etwas Verlegenes.

„Also, Herr Doktor, wirklich, glauben Sie mir, schönen Brustkasten, unten bißchen dick, aber im ganzen schönen Brustkasten, Herr Doktor, glauben Sie mir. Ich bin Fachmann.“

„Auf Wiedersehen, also lassen Sie sich's gut gehen.“

Der Anwalt ist an der Tür, die er dem seltsamen Gast öffnet. Der drückt ihm die Hand — die Augen fliegen noch einmal durch den Raum — geduckt geht der Mann schnell davon.

Als sich der Anwalt wieder an seine Akten setzt, stellt er fest, daß in ihm keinerlei Missionsgelüste erwacht sind, aber auch nicht der Ekel, der ihn oft in der Nähe behüteterer Existenzen erfüllt.

Der Bursche, der ihn eben verlassen hatte, war sicher nicht ein bloßes Opfer der bestehenden sozialen Verhältnisse.

Aber was für eine Ordnung ist dies eigentlich? Ihm fiel der Ausspruch eines Arztes ein, der neulich bei einem Gespräch sagte: „Ich will Ihnen offen bekennen, ich fühle mich als Mensch sehr hingezogen zu den Idioten und den Verbrechern als zu den übrigen Mitgliedern dieser Gesellschaft.“

Klagges verbletet. Wie lange noch?

b Braunschweig, 17. März.

Der braunschweigische sozialdemokratische „Volksfreund“ ist vom braunschweigischen Innenminister vom 17. März bis einschließlich 13. April 1932 verboten worden.

Das Verbot wird mit dem Hinweis auf folgenden Satz eines Artikels über die „Eiserne Front“ begründet: „Es wird alles darauf ankommen, die neuen Formationen der deutschen Arbeiterschaft und der republikanischen Verbände so zu stärken, daß es im Ernstfall gelingt, die Rebellen gegen Staat und Ordnung auch ohne den gleichzeitigen Einsatz der staatlichen Mittel niederzuknüppeln.“

Diese Ausführungen — so schreibt KLAGGES — bedrohen die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der empfindlichsten Weise und fordern gebieterisch ein Verbot des „Volksfreund“ und seiner Kopfbilder. In Rücksicht auf die Schwere der Ueberschreitungen ist eine Verbotsfrist von vier Wochen angemessen.

Was heißt eigentlich „Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“? Die KLAGGESsche Willkür zeigt die Gefahr kautschukartiger Gesetzesbestimmungen in den Händen kapitalistischer Beamten.

Die Dauer des Verbots ist — abgesehen davon, daß dieses Verbot ein Willkürakt ist — irrsinnig hoch.

Der nationalsozialistische Mord vom Wahlsonntag.

Untersuchung über Hückeswagen.

In Hückeswagen (Rheinland) waren am Wahlsonntag drei Kommunisten von NS erschossen worden. Die erste Untersuchung in dieser Angelegenheit ist jetzt abgeschlossen. Gegen alle sieben verhafteten Nationalsozialisten wurde der Haftbefehl aufrechterhalten. Gegen einen Dachdeckermeister aus Hückeswagen wird das Verfahren wegen Totschlags eröffnet werden. Der Nationalsozialist WILLMUND, der zugegeben hat, bei dem ersten Zusammenstoß einen der Kommunisten erschossen zu haben, wird sich wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verantworten haben. Außerdem wird gegen alle in Haft befindlichen Nationalsozialisten Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs erhoben werden.

Neues Hochverratsurteil.

k Leipzig, 18. März.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte das Mitglied der Bremer Bürgerschaft FRIEDRICH BECKER wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit Vergehen nach § 4, Absatz 1, des Republiksschutzgesetzes zu einem Jahr sechs Monaten Festungshaft. BECKER hatte im Januar vorigen Jahres „Zersetzungsblätter“ für den Kreuzer „Emden“ nach Wilhelmshaven gebracht und den Auftrag zur Verteilung gegeben.

Zum Religionsunterricht an Berufsschulen.

Die Kirche dringt vor.

Im „Funken“ Nr. 28, vom 3. Februar, berichteten wir über die Bemühungen des Zentrums und der übrigen Schulreaktion, den Religionsunterricht zum Pflichtfach in den Berufsschulen zu machen (vergleiche: „Freidenker, nutzt eine Atempause!“, von ERNA BLENCKE). Diese Bemühungen haben jetzt einen Teilerfolg erzielt: der Handelsausschuß des Preussischen Landtags hat am Mittwoch beschlossen, das Staatsministerium um die Anordnung zu ersuchen, daß der Religionsunterricht in den Berufs- und Fachschulen als ordentliches Lehrfach gilt — so-

weit er überhaupt auf Beschluß der Schulträger in solchen Schulen eingeführt ist. Das heißt: der Religionsunterricht erscheint an allen Schulen im Rahmen des ordentlichen Stundenplanes und ist damit Pflichtfach, soweit er überhaupt nach der Reichsverfassung Pflichtfach sein kann; es ist zwar niemand gezwungen, daran teilzunehmen, aber die Nichtteilnahme erfordert besondere Abmeldung.

Nach allen Erfahrungen (Preußenkonkordat!) muß man befürchten, daß die preußische Regierung den Antrag des Handelsausschusses durchführen wird; den demokratischen Schein hat sie dabei für sich.

Es wäre leichtsinnig, wegen der geringen Zahl der preussischen Gemeinden, die Religionsunterricht an den Berufsschulen zur Zeit überhaupt erteilen lassen, den hier angestrebten Teilerfolg der Kirche als bedeutungslos anzusehen: seine Bedeutung gewinnt selbst ein kleiner Einzelerfolg im Rahmen der unablässig weiterbohenden Zentrums politik, die, wenn die Stunde für ihre großen Schläge noch nicht reif ist, die kleinen Schritte nicht verschmäht. Sie lohnen auf die Dauer, diese kleinen Schritte!

Elternbeiratswahlen.

Neuer Termin: 26. Juni.

h Berlin, 18. März.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen für die Reichspräsidentenschaft und für den Landtag verlängert der Unterrichtsminister die für die Elternbeiräte festgesetzte Wahlfrist bis zum 26. Juni. Der Minister ersucht, den Wahltermin so anzusetzen, daß die Vorbereitung der Elternbeiratswahlen nicht mit den Vorbereitungen für die übrigen Wahlen zusammenfällt.

1,3 Millionen preußische Wohlfahrts-empfänger.

85 auf 1000 Einwohner.

h Berlin, 18. März.

Nach der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamts vom 29. Februar 1932 sind in Preußen 1 329 384 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrts-empfangsberechtigte (einschließlich der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 1 240 305 Ende Januar. So ergibt sich im Februar eine Zunahme um 89 079 Wohlfahrts-empfangsberechtigte oder 7,2 Prozent. Die Steigerung hat im Vergleich zum Januar (105 110) und Dezember (115 752) bereits nachgelassen; immerhin beläuft sie sich auf das Zweieinhalbfache des Zuwachses im Vergleichsmonat des Vorjahres (34 857). Gegen den 28. Februar 1931 ist die Wohlfahrts-empfangsberechtigtenzahl um 648 182 oder 95,2 Prozent gestiegen. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 34,8 Wohlfahrts-empfangsberechtigte.

Der Schneemann der SPD.

H. Lt. München, im März.

„Eino hübsche Schneeplastik steht im Anwesen des Genossen KASPAR DOTT an der Gravelottestraße. Ueberlebungsgröße ist hier von einfachen (!) Arbeitern eine HINDENBURG-Büste aus Schnee errichtet worden, und zwar so treffsicher und gut gearbeitet, daß viele von den Vorübergehenden wohl glauben mögen, hier habe ein Bildhauer mitgewirkt. Nach dem Witterungsbericht sind freilich die Tage dieses Schneemonuments gezählt; wer es sehen will, muß sich daher beeilen.“ („Münchener Post“.)

Ein kleiner Vorfall, gewiß; aber auch von ernster Bedeutung. HINDENBURG wird einfach Herzenssache, bei „einfachen“ Arbeitern und bei den Redakteuren der SPD. Der Geist der Kriegstage von 1914 kehrt zurück. Nichts gelernt und alles vergessen!

Freigewerkschaftlicher Erfolg!

Mehrheit im Betriebsrat der Karstadt-Zentrale.

Bei der Betriebsratswahl in der Karstadt-Zentrale erhielten gestern:

Angestellte: Liste 1, ZdA, 230 Stimmen = 3 Mitglieder zum Betriebsrat, 4 Mitglieder zum Angestelltenrat. Liste 2, GdA, 194 Stimmen = je 3 Mitglieder zum Betriebs- und Angestelltenrat. Liste 3, DHV, 191 Stimmen = 2 Mitglieder zum Betriebsrat, 3 zum Angestelltenrat.

Arbeiter: Liste 1, Freie Gewerkschaften, 276 Stimmen = 3 Mitglieder zum Betriebs-, 6 zum Arbeiterrat. Liste 2, Christen, 50 Stimmen = kein Mitglied zum Betriebs-, 1 zum Arbeiterrat.

Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus 6 Freigewerkschaftlern und 5 Vertretern bürgerlicher Verbände. Das Ergebnis bei den Angestellten ist um so beachtlicher, weil der VWA seine Mitglieder aufgefordert hat, die Liste des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zu wählen. Bemerkenswert ist noch, daß die RGO nicht einmal eine eigene Kandidatenliste zustande brachte.

Preussischer Landtag.

Schlußsitzung.

h Berlin, 18. März.

Der Preussische Landtag beendete am Freitag seine voraussichtlich letzte Sitzung, nachdem er die allgemeine Aussprache zur Haushaltsberatung zu Ende geführt hatte.

Der von der Wirtschaftspartei eingebrachte Gesetzentwurf auf Hinaufsetzung des Wahlalters auf das 25. Lebensjahr wurde nicht mehr erledigt, da das Haus beschlußunfähig war.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 20. März.

Königs wasserhäusern:

18.00 Junge Generation spricht: Getrennte Weltanschauungen — Gemeinsame Politik.

Langenberg:

15.45 Dr. GESCHER: Hundert Jahre Erzdiozese Köln.

Leipzig:

17.30 „Faust“ von GOETHE (1. Teil).

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Mit dem Mikrophon durch die Sowjetunion (Stalingrad).

Montag, den 21. März.

Berlin:

19.30 GOETHE-Feier. Konzert aus dem Gewandhaus in Leipzig (über alle deutschen Sender).

Hamburg:

17.40 Reg.-Rat Dr. MOHR und Dr. ERDMANN: Der ost-asiatische Konflikt.

Wien:

19.45 „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand“ von GOETHE. (Hörspiel.)

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Grundlagen des zweiten Fünf-Jahr-Planes.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 23. März erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zusätzlich 36 Pf Bestellgeld.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler Berlin Anzeigen: R. Lippmann Berlin. Verl.: Internation. Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S14 Inselstr. 8a Tel. F7 Janowitz 5909 Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG

8. HEFT

MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bündes
Preis monat 20 Pf. Probenummern kostenlos Deutsche Anagn-

Internationale Verlagsanstalt G.m., Berlin S 14, Inselstr. 8a

GÖTTINGEN

Decken Sie Ihren Osterbedarf aus
meiner großen Fülle von
billigen Angeboten

Gräfenberg

Göttingen, Weender Straße

Seit 1867

im alleinigen Besitz der alleingeborenen Familie Gräfenberg

Rakebrand's Kaffee

Göttingen, Lange Geismarstraße 42

Neuanfertigung sämtlicher Möbel
Umarbeitung von Möbel sowie
alle einschlägigen Reparaturen äußerst preiswert

Bau- und Möbelschlerei

J. SODER

Göttingen, Weenderstr. 36

MAGDEBURG

Gefrorene Bananen

sind nahrhaft und billig, als
Brotbelag und zum Obst für
jung und alt zu verwenden.

Postpäckchen

4 Pfd. brutto nur 3 Mark frei
Haus nach allen Orten.

Vorauszahlung auf Postscheck-
Konto Magdeburg 17924 erbeten.

Frischkost Reformhaus

Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

BERLIN

C. Lotze

Göttingen

Johannisstr. 2

Butter

Käse, Eier

Landbrot

Verpackung

Risikoausswahl in

Anzahl, Menge u. Maß

zu jeder Zeit in Ihrem Preisk

M. Salomonowicz

13 Bl.-Wedding 13

Fennstraße

Werbeprospekte

Zeitungen

Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer P1 Moritzplatz 5471

Sieben erschien:

ZUR JUGENDWEIHE

Leinenkassette

Preis: 2,25 Mark

Diese geschmackvoll ausgestattete Kassette, die sich vor allem als
Jugendweihe-Geschenk sehr gut eignet, enthält folgende Schriften:

● Minna Specht: Vom Sinn der Jugendweihe • Leonard Nelson:

● Nicht bürgerlich, sondern proletarische Bildungserbeit • Minna

● Specht: HERMANN LIETZ Gedächtnisrede • Hellmuth

● Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution

Verlag Öffentliches Leben, Berlin S14, Inselstr. 8a

In Amerika droht Finanzkrise. Neue Steuern.

f Washington, 18. März.

In einer Rede im Abgeordnetenhaus behauptete der demokratische Führer RAINEY (Illinois), die amerikanische Nation sei bankrott. Der Bundeshaushalt müsse unter allen Umständen ausgeglichen werden, da die Vereinigten Staaten sonst im Sommer die größte Panik erleiden würden, die irgendein Land jemals erlebt habe. Der Fehlbetrag im amerikanischen Haushalt sei so groß, wie noch nie. Die Rede RAINEYS drehte sich im wesentlichen um die sogenannte Verkaufssteuer, die sich 595 Millionen Dollar einbringen soll und die das Rückgrat der Vorlage über die zusätzlichen Einnahmen in Höhe von über eine Milliarde Dollar bildet. RAINEY erklärte im Zusammenhang hiermit, daß die Regierung täglich 7,8 Millionen Dollar zusetze. Ihr Kredit sei zerstört. Die Bundesgehälter müßten herabgesetzt werden.

In einer Rundfunkrede am Donnerstagabend forderte der demokratische Abgeordnete die amerikanischen Bürger auf, sich telegraphisch bei den Vertretern im Kongreß für die Annahme der Verkaufssteuer einzusetzen.

Verschärftes Einwanderungsverbot in USA empfohlen.

h Washington, 18. März.

Der Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses hat die Annahme von drei Vorlagen empfohlen, deren erste ein zeitlich unbegrenztes allgemeines Einwanderungsverbot vorsieht. Nach der zweiten Vorlage sollen nichtamerikanische Gatten amerikanischer Bürger von der Einwanderungsquote ausgenommen werden, die dritte fordert die Unterwerfung aller fremden Schauspieler unter das Kontraktarbeitsgesetz. Ausgenommen werden sollen nur besonders verdienstvolle Schauspieler.

Rußland und die USA.

Keine Anerkennung der Sowjet-Union.

f Washington, 18. März.

Entgegen einer russischen Meldung aus Washington, wonach die amerikanische Regierung sich entschlossen haben soll, die Sowjet-Regierung de jure (formal, rechtlich) anzuerkennen, erklären Beamte des amerikanischen Staatsdepartements, daß es sich bei der Meldung um Kombinationen im Zusammenhang mit einem Besuch in Washington von Vertretern der Sowjet-Regierung, die jedoch keinen amtlichen Auftrag hatten, handele. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei weiterhin entschlossen, der gegenwärtigen Regierung in Rußland die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu verweigern, obwohl die Anerkennung der Schulden der Zaren-Regierung und der KERENSKI-Regierung kein entscheidendes Hindernis mehr für die de jure-Anerkennung darstelle.

Zum russisch-polnischen Nichtangriffspakt.

s Moskau, 18. März.

Der stellvertretende Außenkommissar KRESTINSKI empfing den polnischen Gesandten Dr. PATER und hatte mit ihm eine Unterredung über die Ratifizierung des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages. Die Frist für die Inkraftsetzung des Vertrages ist bereits abgelaufen.

Frankreich bleibt beim zweiten Wahlgang.

k Paris, 18. März.

Nachdem die Kammer die reaktionären Wahlreformpläne abgelehnt hat, stimmte sie in der Nacht zum Freitag der vom Senat genehmigten Formulierung des Wahlgesetzes mit 229 gegen 227 Stimmen zu. Die Linksparteien nahmen diesen Erfolg mit großem Beifall auf.

Hohepriester und Schriftgelehrte verfügen über die Litfaßsäulen in Frankfurt a. M.

Von der Bezirks-Geschäftsstelle Frankfurt (Main) des Deutschen Freidenker-Verbandes erhalten wir eine Zuschrift, die wir mit unwesentlichen Kürzungen hier wiedergeben:

Die Zunahme der Austrittserklärungen aus den einzelnen Religionsgemeinschaften, besonders in den Monaten Dezember und März, veranlaßte uns, außerhalb der Geschäftszeiten des Amtsgerichtes, besondere Austrittsgelegenheiten zu schaffen. An den Vormittagsstunden ist es oft nicht möglich, sich von der Arbeitsstelle frei zu machen; es wurde daher sehr lobhaft begrüßt, daß wir durch Notare nachmittags Austritte entgegennehmen ließen. Diese besonderen Gelegenheiten haben sich gut bewährt und unsere Geschäftsstelle wird ständig nach den einzelnen Terminen befragt. Um diese Anfragen, die stets Zeit erfordern, etwas einzudämmen, wollten wir die Termine auf unsere Kosten an den öffentlichen Anschlagssäulen bekanntgeben. Wir reichten bei der Reklamestelle der Stadt Frankfurt ein Plakat mit folgendem Texte ein: „Kirchenaustritte können erklärt werden: In dieser Woche: Samstag von 17—19 Uhr, Weserstraße 7, Freidenker-Verband. Die Notariatsgebühr beträgt 2 Mark. Für Arbeitslose wird keine Gebühr erhoben. Ausweis mitbringen.“ Das Plakat ist ordnungsmäßig der Polizei vorgelegt und genehmigt worden. Die Reklamestelle erhält von der Druckerei nach telefonischer Rücksprache die Plakate zugestellt. Nach einer Woche soll nun der Anschlag erfolgen, und wir lassen eine Genossin mit den Gebühren bei der Annahmestelle versprechen. Die Plakate werden uns nun zurückgegeben, und der Anschlag wird verweigert.

Auf Befragen erfolgt lediglich der Bescheid, daß diese Plakate erst dem Wirtschaftsamt vorgelegt werden müßten und daß von dieser Stelle die Genehmigung zum Anschlag versagt worden sei.

Wir erlauben uns, anzufragen: Warum versendet die Reklamestelle Rundschreiben betr. Vereinsdienst, in denen zur Plakatierung in kleinerem Format aufgefordert wird, ohne die Vereine darauf hinzuweisen, daß der Text des Plakates vorher eingereicht werden muß? Seit wann werden alle Plakate erst dem Wirtschaftsamt vorgelegt? ... Warum werden die Plakate der Nazis, des Tannenbergbundes u. a. stets angeschlagen? ... Warum werden die Aufforderungen zur Zah-

Wo bleibt die Protestnote der Signatarmächte?

Litauisches Dementi.

Das litauische Außenministerium weist noch am Freitag die Gerüchte zurück, daß die angekündigte Protestnote der vier Signatarmächte bereits in Kowno überreicht worden sei.

Auf Anfragen von deutscher Seite ist nur bestätigt worden, daß die Mächte ihren Vertretern in Kowno die bekannten Anweisungen hätten zugehen lassen. Es müsse bedacht werden, daß vor Ueberreichung einer gemeinsamen Note gewisse technische Schwierigkeiten überwunden werden müßten.

Gegensätze in Rumänien.

Um die Donau-Pläne.

r Bukarest, 18. März.

Bis Freitagabend hat die rumänische Regierung zu den deutschen Vorschlägen noch keine Stellung genommen. Anscheinend bestehen zwischen den maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Diese sind äußerlich dadurch zum Ausdruck gekommen, daß der Handelsminister KARFEN, ein Mitarbeiter des von je her für das deutsch-rumänische Abkommen eingetretenen Finanzministers ARGETIANU, im „Adeverul“ äußert, daß Rumänien die deutschen Vorschläge annehmen könne, ohne irgend welche Verdächtigungen von politischer, am TARDIEU-Plan interessierter Seite befürchten zu müssen. Dagegen sieht ein Teil der von französischer Seite und wahrscheinlich vom Außenminister GHICA beeinflussten rumänischen Presse im deutschen Vorschlag eine gutüberlegte Gegenmine gegen den französischen Föderationsplan.

Zivildienstpflicht statt Militärdienstpflicht.

s Kopenhagen, 18. März.

Innenminister DAHLGAARD hat am Freitag im Folketing einen Gesetzesvorschlag über die Zivildienstpflicht eingebracht für Dienstpflichtige, die aus Gewissensnot der Militärdienstpflicht nicht genügen wollen. Das Gesetz will die Zivildienstpflicht in Einklang mit der Militärdienstpflicht bringen. Die Zivildienstpflicht betrug bisher 20 Monate, während die militärische Dienstpflicht bedeutend kürzer ist.

Eisenbahnunglück in Neapel.

l Rom, 19. März.

Sechs Tote und 27 Verletzte forderte ein Zusammenstoß zweier Stadtbahnzüge in Neapel am Freitagabend gegen 20.30 Uhr.

Unruhen in Andalusien.

p Madrid, 17. März.

In Andalusien rechnen Regierungsstellen mit kommunistischen und syndikalistischen Unruhen. Militär und Polizei haben Abwehrmaßnahmen getroffen. In zahlreichen Orten kam es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“.

K. S. in G. 2,— M.; E. N. in G. 5,— M.; G. F. in G. 10,— M.; H. O. in G. 5,— M.; E. S. in G. 10,— M.; M. K. in G. 10,— M.; O. O. in Z. 3,— M.; I. S. in B. 1,— M.; H. S. in B. 6,— M.; E. S. in D. 2,— M.; A. W. in B. 2,— M.; H. G. in H. 2,— M.; A. B. in F. 15,— M.; Sammlung F. 28,75 M.; K. M. in B. 5,— M.; Sammlung H. 89,— M.; Sammlung H. 2,70 M.; E. H. in H. 30,— M.; B. T. in H. 10,— M.; H. R. in H. 6,42 M.; R. L. in B. 47,45 M.; E. B. in H. 11,— M.; A. B. in H. 4,— M.; E. G. in H. 3,— M.; K. & G. H. in H. 5,— M.; K. M. in H. 5,— M.; K. M. in M. 2,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich, und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds fortzusetzen.

lung der Kirchensteuern angeschlagen? Die oben genannten Stellen, Wirtschaftsamt und Reklamestelle, werden zu einer öffentlichen Stellungnahme hiermit aufgefordert.

Katholizismus in voller Beleuchtung.

l Rom, 18. März.

Die feierlichen Handlungen des Grünen Donnerstag in der Peterskirche werden in diesem Jahre zum ersten Male in vollem Glanze einer neuen Beleuchtungsanlage begangen werden. Das gesamte Innere der großen Basilika ist seit kurzem mit einer elektrischen Lichtanlage versehen worden, die, von den Gesimsen und Ballustraden verborgen, ein taghelles Licht über die Absis, die Kuppel und die Schiffe verbreitet, so daß alle Einzelheiten der prunkvollen Innenarchitektur des Riesendomes zur Geltung kommen. Am Abend des Gründonnerstages findet die herkömmliche Altarwäsche statt. Während der Chor klassische Musik der berühmtesten alten Meister zu Gehör bringt, versammelt sich die hohe Geistlichkeit mit dem Erzpriester von St. Peter an der Spitze um den Papstaltar über dem Grabe des Apostelfürsten, um die althergebrachte Reinigung des Marmoraltares, der von den Altardecken befreit ist, vorzunehmen. Zu dieser Altarwäsche wird eine Mischung von Wein und aromatischer Flüssigkeit verwendet, mit der der Kardinalerzpriester und die Kapitalgeistlichen den Altar besprengen.

Der verschwenderische Luxus, der hier aufgebaut wird, sollte nicht nur elektrisch, sondern auch durch Kritik beleuchtet werden.

Erzbischof verbietet katholischem Priester zu reden.

d Amsterdam, 18. März.

Auf Einladung einer Reihe holländischer Organisationen gegen die Vivisektion sollte Prof. Dr. UPE aus Graz in verschiedenen holländischen Städten Vorträge halten. Der erste dieser Vorträge fand am Mittwochabend im Haag statt. Von dem Erzbischof von Utrecht und dem Bischof von Haarlem ist Professor Dr. UPE, der katholischer Priester ist, das Halten von Vorträgen in den beiden Bistümern untersagt worden. Wie der katholische „Maas-Bode“ erfährt, soll Professor Dr. UPE beabsichtigen sich nicht an die Verbote zu halten.

Einheitsfront von unten. Vor der Wahl.

L. W. Ein Arbeiter verteilt an einer Straßenkreuzung Flugblätter, in denen zur Wahl HINDENBURGS aufgefordert wird. Zehn Schritte von ihm steht ein Nazi und auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein zweiter. Sie beobachten den Zettelverteiler. Warum? Wollen sie ihm Flugblätter wegnehmen? Da pflanzt sich ein KP-Genosse neben den „Hindenburg“-: „Na, wenn de ok schon so deitsch bist und HINDENBURG wählst, will ick mick doch en beten bi dick stellen!“

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

am 23. März in Berlin hat der ISK ein Sonderheft herausgegeben:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

39 Seiten. / Preis 20 Pfennig.

Wir bitten, sofort Bestellungen gelangen zu lassen an die Internationale Verlags-Anstalt, G.m.b.H. / Berlin S14, Inselstr. 8a.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

die für die Zeit vom 20. März bis zum 2. April einschließlich angesetzt waren, sind auf Anregung der Hohenpriester und Schriftgelehrten durch die Reichsregierung verboten worden. Wir werden unsere Gäste, soweit uns die Adressen bekannt sind, zu einigen geschlossenen Veranstaltungen, die während dieser Zeit stattfinden, einladen. Wir bitten, die Einladungen als Ausweise mitzubringen.

Prozentzahlen über die Präsidentenwahl.

Der Reichswahlleiter veröffentlicht folgendes (immer noch vorläufige) Ergebnis des ersten Wahlganges.

Die Anteile der Kandidaten an den abgegebenen gültigen Stimmen in Prozent.

| | Duestenberg | Hindenburg | Hitler | Thälmann | Winter |
|------------------------------|-------------|------------|-----------|-----------|--------|
| 1. Ostpreußen | 11,5 (20) | 43,8 (45) | 34,5 (23) | 10 (12) | 0,2 |
| 2. Berlin | 7,1 (12) | 43,9 (42) | 19,4 (13) | 29,2 (33) | 0,4 |
| 3. Potsdam II | 9,6 (15) | 46,5 (48) | 26,8 (17) | 16,9 (20) | 0,2 |
| 1. Potsdam I | 10,7 (14) | 40,6 (47) | 30 (19) | 18,4 (20) | 0,3 |
| 5. Frankfurt/O. | 12,9 (13) | 42,9 (54) | 35,4 (22) | 8,5 (11) | 0,3 |
| 6. Pommern | 18,9 (25) | 43,4 (42) | 37,1 (24) | 9 (9) | 0,3 |
| 7. Breslau | 7,3 (9) | 48,1 (58) | 35,8 (25) | 8,6 (8) | 0,2 |
| 8. Liegnitz | 8,7 (8) | 46,6 (64) | 37,9 (22) | 6,5 (6) | 0,3 |
| 9. Oppeln | 7,7 (15) | 51,8 (52) | 25,9 (10) | 14,4 (16) | 0,2 |
| 10. Magdeburg | 9,6 (7) | 45,7 (68) | 34,1 (20) | 10,4 (10) | 0,2 |
| 11. Merseburg | 11,9 (8) | 33,1 (46) | 31,5 (21) | 23,2 (25) | 0,3 |
| 12. Thüringen | 12,3 (4) | 36,4 (60) | 33 (20) | 18,1 (16) | 0,2 |
| 13. Schleswig-Holstein | 6,3 (6) | 40,2 (56) | 42,7 (27) | 10,3 (11) | 0,5 |
| 14. Weser/Ems | 9,2 (7) | 52,3 (66) | 30,4 (20) | 7,8 (7) | 0,3 |
| 15. Ost-Hannover | 12,5 (8) | 40,5 (64) | 38,7 (21) | 7,9 (7) | 0,4 |
| 16. Südhannover-Braunschweig | 5,8 (5) | 48,8 (65) | 38 (25) | 7,1 (5) | 0,2 |
| 17. Westfalen-Nord | 5,3 (6) | 60,3 (70) | 22,1 (13) | 12,1 (11) | 0,2 |
| 18. Westfalen-Süd | 4,3 (4) | 52,7 (64) | 24,2 (14) | 18,6 (18) | 0,2 |
| 19. Hessen-Nassau | 4,2 (3) | 49,8 (65) | 34,5 (22) | 11,3 (10) | 0,2 |
| 20. Köln-Aachen | 2,6 (4) | 65,3 (66) | 17,2 (15) | 14,6 (15) | 0,3 |
| 21. Koblenz-Trier | 7,7 (5) | 61,6 (72) | 22,8 (16) | 7,6 (7) | 0,3 |
| 22. Düsseldorf-Ost | 3,6 (5) | 45,7 (50) | 25,8 (18) | 24,6 (27) | 0,3 |
| 23. Düsseldorf-West | 5,1 (7) | 52,5 (58) | 24,5 (17) | 17,7 (18) | 0,2 |
| 24. Oberbayern-Schwaben | 2,1 (2) | 65,2 (76) | 24,5 (16) | 7,7 (6) | 0,5 |
| 25. Niederbayern | 1,2 (1) | 69,9 (81) | 22,2 (13) | 6,3 (5) | 0,3 |
| 26. Franken | 4,1 (2) | 53,3 (72) | 36,6 (21) | 5,8 (5) | 0,2 |
| 27. Pfalz | 2 (1) | 51 (65) | 35,4 (24) | 11,4 (10) | 0,2 |
| 28. Dresden-Bautzen | 6,4 (5) | 52,1 (67) | 28,5 (16) | 12,4 (12) | 0,6 |
| 29. Leipzig | 4,1 (5) | 51,8 (64) | 27 (14) | 16,5 (17) | 0,5 |
| 30. Chemnitz-Zwickau | 4,6 (5) | 34,4 (53) | 40,9 (24) | 19,8 (18) | 0,3 |
| 31. Württemberg | 5,8 (4) | 58,5 (65) | 25,4 (9) | 10 (9) | 0,3 |
| 32. Baden | 2,2 (3) | 56 (68) | 30 (20) | 11,6 (9) | 0,2 |
| 33. Hessen-Darmstadt | 2 (2) | 51,5 (68) | 33,7 (18) | 12,6 (12) | 0,2 |
| 34. Hamburg | 4,7 (5) | 54,6 (58) | 24,5 (19) | 15,2 (18) | 1 |
| 35. Mecklenburg | 11,3 (11) | 45,2 (60) | 34,2 (60) | 8,6 (9) | 0,4 |
| Deutsches Reich (Gesamt) | 6,8 (7) | 49,6 (61) | 30,1 (18) | 13,2 (13) | 0,3 |

Anmerkung: Die nicht eingeklammerten Zahlen besagen, welchen Anteil in Prozenten der Kandidat in dem betreffenden Wahlkreis an der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen erhielt.

In Klammern werden hierzu als Vergleich die Prozentanteile wiedergegeben, die die entsprechenden Parteien bei der Reichstagswahl 1930 erhalten haben und zwar

bei Duestenberg: die Deutschnationale Volkspartei;
bei Hindenburg: Zentrum, SPD, Staatspartei, DVP, Wirtschaftspartei, Landvolk, Bayer. Volkspartei, Dtsch.-Hann. P., Konservative Volkspartei, Christl.-Soz. Volksdienst, Christl.-Soz. Volksgem., Radikale Demokraten, Staatsp., Volksrecht., Christl.-Soz. Reichspartei, Dt. Bauernp., Reichsbund des Mittelstandes (diese Parteien hatten sich für Hindenburg erklärt);
bei Hitler: die NSDAP;
bei Thälmann: KPD, USPD, SAP.

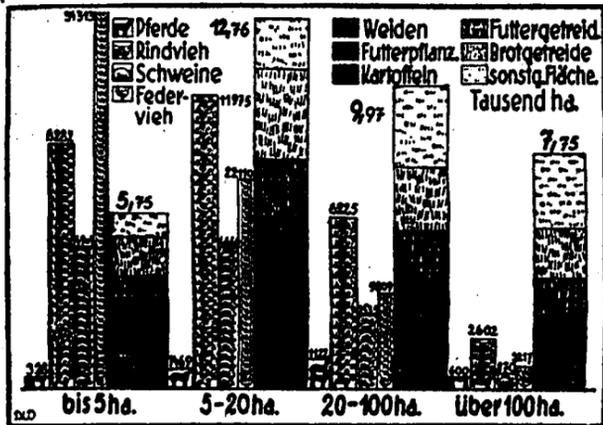
Splitterparteien sind in der Aufstellung der Vergleichszahlen nicht berücksichtigt.

Klein- und Großbetriebe in der Landwirtschaft.

Immer noch sind die meisten Bauern politisch und insbesondere wirtschaftspolitisch die Gefolgsleute der Großgrundeigentümer. Daß sie mit ihnen zusammen im Landbund Mitglieder sind, kommt vor allem daher, daß alle Landwirte sich mit der Arbeit am Boden verbunden fühlen und gemeinsam Gegner der „städtischen Politik“ sind. Weil Bauern und Großgrundeigentümer zusammen auf die Städte schimpfen können, gelingt es der großagrarisches Propaganda immer wieder, zu verdecken, daß die Interessen von Bauern und Großgrundeigentümern in vielen Fällen einander schnurstracks entgegenlaufen.

Die Großbetriebe treiben Ackerwirtschaft. — Die Bauernbetriebe betreiben Viehzucht.

Drei Viertel der tierischen Produktion entfallen in Deutschland auf die Betriebe unter 20 Hektar. Das folgende Schaubild zeigt, daß diesen Betrieben ein viel geringerer Anteil an Acker und Wiesen zur Verfügung steht. Die Folge: sie müssen die Hälfte ihres Futtermittelbedarfs zukaufen, von deutschen Großbetrieben und aus dem Ausland.

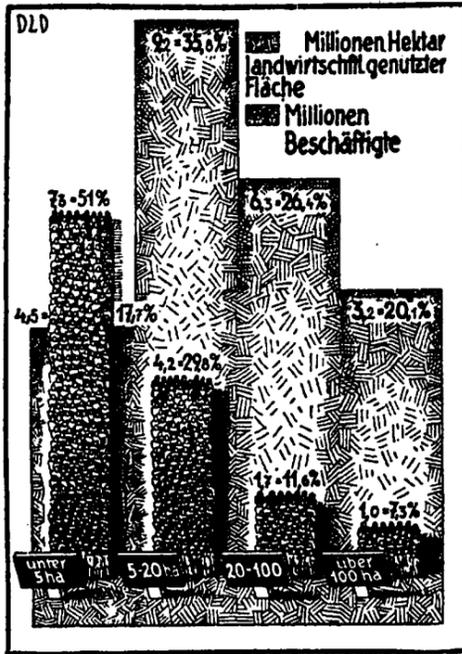


Die Großbetriebe beschäftigen wenig Arbeitskräfte. — Die Bauernbetriebe beschäftigen viel Arbeitskräfte.

54 Prozent der deutschen landwirtschaftlich genutzten Fläche wird von Betrieben bestellt, die unter 20 Hektar Land besitzen, und vier Fünftel der deutschen Ackerfläche von Betrieben unter 100 Hektar. Die rund 20 000 Großgrundbesitzer bestellen ein Fünftel des

Bodens, der der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung steht.

Weit geringer ist der Anteil der im Großgrundbesitz Beschäftigten. Nur 7 Prozent der in der deutschen Landwirtschaft Tätigen sind auf großen Gütern mit über 100 Hektar Fläche beschäftigt, 11 Prozent auf Mittelgütern mit 20 bis 100 Hektar Fläche. Vier Fünftel der in der deutschen Landwirtschaft Beschäftigten sind in den Kleinbetrieben, also auf engstem Raum, tätig. Das Land der ostelbischen Junker ist dagegen menschenleer.



Wir sehen, daß die Bauernwirtschaften das Haupt- und Kernstück der deutschen Landwirtschaft darstellen. Sowohl der Zahl nach als der Wirtschaftsfläche nach liegt das Schwergewicht der deutschen Landwirtschaft bei der Bauernwirtschaft, ein Umstand, der bei der deutschen Agrarpolitik leider fast völlig unbeachtet bleibt. So geschieht das nahezu Unglaubliche: In einer Zeit großer Arbeitslosigkeit werden mit dem Einsatz der letzten Reserven gerade jene Betriebe unterstützt, die wenig Arbeitskräfte beschäftigen, und zwar zu Lasten der Betriebe mit viel Arbeitskräften. H. H.

Agrarkrise in Bulgarien.

Einem ausführlichen Bericht unseres bulgarischen Tz-Mitarbeiters, den wir aus Raumangel nicht vollständig zum Abdruck bringen können, entnehmen wir das Folgende.

Die Getreideernten des Jahres 1931 waren um fast 10 Prozent größer als die Ernten des Vorjahres. Ihr Wert war jedoch nur 8,7 Milliarden Lewa gegenüber 12,1 Milliarden Lewa im Vorjahr (100 Lewa = 4 Mark). Dieser Wertrückgang hat tiefgreifende Folgen für die bulgarische Wirtschaft, da 75 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben.

Auch die kräftigen Versuche der bulgarischen Bauern, durch Anbau von Industriepflanzen (wie Raps, Sonnenblumen, Sesam, Anis, Fenchel, Mohn, Tabak, Baumwolle, Flachs, Hanf und Zuckerrüben), ihre Lage zu bessern, sind fehlgeschlagen. 1931 haben sie zwar 155 000 Hektar mit Industriepflanzen angebaut gegenüber 128 000 Hektar im Vorjahr. 1930 war der Wert der Ernte an diesen Pflanzen 1,7 Milliarden Lewa; für 1931 sind noch keine Zahlen verfügbar. Es ist aber leider anzunehmen, daß der Wert der Ernte von Industriepflanzen gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.

Die größte Bedeutung unter der Industriekulturen hat für Bulgarien der Tabakbau. 1931 wurden mit Tabak 32 000 Hektar bebaut (im Vorjahr 30 000 Hektar). Von der Ernte des Jahres 1931 sind 25 000 Tonnen ausgeführt worden im Werte von 2,6 Milliarden Lewa. Das ist 42 Prozent der gesamten bulgarischen Ausfuhr. Man sieht, wieviel für dieses Land vom Tabakpreis auf dem Weltmarkt abhängt. Im Vorjahr war der Erlös für eine geringere Ausfuhr größer.

Mit Rosen waren 6700 Hektar bepflanzt. Rosen dienen in Bulgarien nicht etwa nur als Zierpflanzen. Von der gesamten Fläche wurden fast 7 Millionen Kilo Rosenblätter geerntet, aus deren Destillation rund 400 000 Flaschen Rosenöl gewonnen wurden.

Aber selbst bei erfolgreicherer Verwertung der erwähnten Industriepflanzen bleibt der Getreideanbau eine Hauptstütze der landwirtschaftlichen Betriebe. Zur Hilfe für die Landwirtschaft hat der Staat eine Regierungsstelle zum Einkauf und zur Ausfuhr von Getreide gegründet. Diese Stelle hat das Monopol für den Handel mit Weizen, Roggen, Hafer, Hirse und Gerste. Sie beliefert die Mühlen mit Getreide zu höheren Preisen als den Weltmarktpreisen und bezahlt ihrerseits an die Landwirte das Getreide zu nur 70 Prozent in Geld und zu 30 Prozent in Steuerscheinen. Obgleich diese Steuerscheine nur zur Bezahlung von Steuern verwendet werden können, handelt es sich hier natürlich um eine verschleierte Form der Inflation. Der Staat versucht so, durch Belastung der Konsumenten die besonders schlechte Lage der Bauern zu bessern. — Bei jeder kritischen Beurteilung dieser Maßnahme, die an sich bei Lesern des „Funken“ sehr nahe liegt, muß man sich vor Augen halten, daß die bulgarische Regierung so wenig wie die bulgarischen Bauern daran schuld sind, daß für die Produkte der bulgarischen

Landwirtschaft außerhalb Bulgariens die Kaufkraft so stark eingeschrumpft ist.

Nach einer Veröffentlichung der bulgarischen Nationalbank beläuft sich die kurz- und mittelfristige Verschuldung an das Ausland auf 5,2 Milliarden Lewa. Unter den Gläubigern steht Deutschland mit fast einer Milliarde Lewa an erster Stelle.

Bulgarien kann diese Schulden nur dann verzinsen und tilgen, wenn es ihm nicht unmöglich gemacht wird, seine Produkte zu angemessenen Preisen auf dem Weltmarkt zu verkaufen.

Noch einige Zahlen zur Beleuchtung der Lage. Die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter ist trotz der Weltwirtschaftskrise gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich gesunken. Im Dezember 1931 war sie sogar höher als im gleichen Monat des Vorjahres. In Industrieunternehmen waren Arbeiter beschäftigt:

| | 1930 | 1931 |
|--------------------|--------|--------|
| Oktober | 88 404 | 84 216 |
| November | 81 296 | 76 487 |
| Dezember | 68 067 | 70 399 |

Die Steuereinnahmen des vorigen Jahres machten 22 Prozent vom Volkseinkommen aus; im Jahre 1911 machten sie nur 10,8 Prozent vom Volkseinkommen aus.

Die weitere Entwicklung, auch die etwaige Einstellung von Zahlungen an das Ausland wird wesentlich von dem Ergebnis des Kampfes der Parteien abhängen. Es ist fraglich, wie lange die gegenwärtige Volksblock-Regierung noch leben wird, in der der Bauernbund vertreten ist.

Dieser Bauernbund ist nicht nur eine Organisation zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen, sondern eine Partei. Und ganz im Gegensatz zum deutschen Landbund vertritt der bulgarische Bauernbund die Interessen der kleinen und mittleren Bauern, und er ist zur Zusammenarbeit mit Arbeiterorganisationen bereit.

Der Bauernbund ist organisatorisch während der letztvergangenen Jahre außerordentlich rasch gewachsen, wie die nachstehenden Zahlen zeigen. Der bulgarische Bauernbund hatte:

| | 1929 | 1930 | 1931 |
|------------------------------|--------|--------|---------|
| Ortsgruppen | 1 260 | 1 635 | 2 758 |
| Mitglieder | 30 900 | 50 900 | 103 000 |
| Abonnenten der Bundeszeitung | 5 600 | 8 900 | 15 500 |

Trotzdem oder vielleicht eben deshalb wünschen wohl die bürgerlichen Parteien, sich vom Bauernbund zu trennen und ihn aus der Regierung hinauszudrängen. In Kreisen des Bauernbundes befürchtet man dies

Der Vorsprung amerikanischer Obstzüchter.

Die meisten deutschen Äpfel können nur schwer oder gar nicht mit eingeführtem amerikanischem Obst konkurrieren. Woher kommt das? Welchen Vorsprung haben die amerikanischen Obstproduzenten?

Ich will hier nur auf eine der vielen Maßnahmen hinweisen, denen jener Vorsprung zu verdanken ist: Auf die Kühlung des Obstes. Nur in Kühlhäusern wird Obst und Gemüse für längere Zeit frisch erhalten. Je schneller es die Feldwärme verliert, desto besser bleiben Aussehen und Marktfähigkeit, einen desto weiteren Weg zum letzten Konsumenten kann es zurücklegen, ohne unansehnlich zu werden.

In den Vereinigten Staaten sind vor allen Dingen zwei Methoden ausgebildet worden zum „Vorkühlen“ von Obst: Das Vorkühlen im Eisenbahnwagen und das Vorkühlen in besonderen Vorkühlhäusern.

Die Eisenbahnwagen zum Transport von Obst sind so eingerichtet, daß kalte Luft durch die Wagen geblasen wird. Die Luft wird entweder durch Eis in den Bunkern der Kühlwagen oder durch besondere Luftkühler außerhalb der Wagen gekühlt. Die landwirtschaftliche Versuchsstation einer kalifornischen Universität (Kalifornien ist ein Hauptausfuhrgebiet für Obst) hat durch eine große Anzahl von Versuchen festgestellt, welche Temperaturen die verschiedenen Obstsorten in Eisenbahnkühlwagen annehmen. Die Versuche erstrecken sich auf Aprikosen, Birnen, Kirschen, Pfirsiche, Pflaumen und Weintrauben.

Günstiger ist das Vorkühlen in besonderen Kühlhäusern in den Produktionsgebieten. Die Kühlräume sind möglichst so angeordnet, daß auf der einen Seite das frische Obst in Körben oder Kisten angeliefert wird und sich auf der anderen Seite die Eisenbahngleise zur Verfrachtung des Obstes befinden. Die Betriebskosten einer derartigen Anlage hängen natürlich von der Größe der Ernte und vielen anderen Umständen ab. Für eine kleine Anlage hat man im Laufe einer Saison folgende Kosten festgestellt: Bei der Kühlung von 187 000 Kisten Obst ergaben sich rund 19 Pfennig Kühlkosten pro Obstkiste.

In modernen Anlagen bewegt sich das Obst unter weitgehender Benutzung laufender Bänder auf dem kürzesten Wege vom Obstwagen durch die Hände der Sortierer und Packer in die Kühlräume, wo es lagert bis zum weiteren Transport. Eine solche Anlage erinnert durchaus an die Fabrikation von Massenartikeln in der Industrie.

(Aus den „Blättern für landwirtschaftliche Marktforschung“, vom November 1931.)

Englische Bergwerksbesitzer gegen deutsche Einfuhrbeschränkungen für Kohle.

Die Vereinigung der englischen Kohlengrubenbesitzer nimmt in einer Erklärung vom 12. März Stellung zu den Gründen, die von deutscher Seite für die weitere Herabsetzung der deutschen Einfuhrkontingente für Kohle genannt worden sind.

Der englische Protest richtet sich vor allem dagegen, daß die Einfuhrbeschränkungen nur englische Kohle treffen. Eine solche Maßnahme verstöße gegen den deutsch-englischen Handelsvertrag.

Nach Ansicht der englischen Grubenarbeiter geben die Vergleichszahlen, aus denen von deutscher Seite eine verhältnismäßige Zunahme der englischen Kohleneinfuhr errechnet werde, ein falsches Bild. Denn in den Jahren 1929 bis 1931, aus denen die Vergleichszahlen stammen, sei die deutsche Kohlenförderung ungewöhnlich hoch, die englische ungewöhnlich niedrig gewesen.

Auch sei die schlechte Lage des Ruhrkohlenbergbaus nicht auf die Einfuhr englischer Kohle zurückzuführen (diese Einfuhr sei ja 1931 um 32 Prozent niedriger gewesen als 1929 und weniger als halb so groß wie in der Vorkriegszeit), sondern auf die Krise in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und auf das Ansteigen der deutschen Braunkohleproduktion.

Eine Begründung der deutschen Maßnahme durch den Hinweis auf Gefährdung der deutschen Währung sei völlig abwegig. Die Ausfuhr Deutschlands nach England sei ja viermal so groß wie die Einfuhr Deutschlands aus England. (1931 war sie nur zweieinhalbmal so groß; die englischen Kapitalisten benutzen offenbar Zahlen aus der Zeit unmittelbar vor Errichtung der Zollmauer, in der bekanntlich allgemein nach England viel eingeführt wurde.)

Schließlich könne Deutschland nicht zu seinen Gunsten anführen, daß es im übrigen keine Gegenmaßnahmen gegen die Pfund-Entwertung getroffen habe; das sei bereits durch den Handelsvertrag ausgeschlossen.

Der Hinweis auf die Verlogenheit der deutschen Beweisführung ist gewiß sehr nützlich. Tatsächlich hat die deutsche Regierung die Kohleneinfuhr nur beschränkt, um den Ruhrbergherren eine weitere Unterstützung zu gewähren. Wir wollen natürlich nicht übersehen, daß auch die englischen Kapitalisten Beweisstücke zu ihren Gunsten zurechtbiegen. H. H.

DEUTSCHLAND

Genossenschaftlicher Eierabsatz: Im Jahre 1931 wurden von den Eierabsatzzentralen, die im Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammen geschlossen sind, insgesamt 507 Millionen Eier erfaßt und verwertet. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Steigerung von 137 Prozent.

Die Walzwerks-Produktion beträgt im Februar 319 000 t gegenüber 299 000 t im Januar. Die Steigerung ist fast ausschließlich auf die Zunahme der Produktion von Eisenbahnoberbaustoffen zurückzuführen. — So wird die Schwereindustrie durch Auftragserteilung seitens der Reichsbahn subventioniert!

Die Vereinigten Stahlwerke haben eine starke Konzentration ihrer Produktion auf wenige Werke durchgeführt. 60 Prozent der Rohstahlerzeugung, fast 50 Prozent der Stabeisenerzeugung und 80 Prozent der Erzeugung einiger Halbzeugwaren werden im Hamborner Werk hergestellt, das jetzt zu 80 Prozent seiner Kapazität ausgenutzt ist. Durch diese Zusammenfassung sind die Produktionskosten des Hamborner Werks stark gesunken.